

Partei.

Mehr Hegemonie und Klassenpolitik wagen - DIE LINKE für die Herausforderungen rüsten.

Janis Ehling,
Christoph Spehr

Macht.

Die Gretchenfrage der Regierungsbeteiligung & die Lehren aus Regierungserfahrungen.

Raul Zelik, Janine Wissler,
Harald Wolf

Kräfte.

Mit wem können wir die Welt verändern? Wer sind unsere Gegner?

Bernd Riexinger,
Johanna Uekermann

Willst du mit
♥ mir regieren?
□ ja □ nein
□ vielleicht

Inhalt

realistisch

und radikal

Das Debattenheft
der Sozialistischen Linken

- 03 Editorial
- 04 **Raul Zelik** Die Gretchenfrage. Elf Thesen zu Mitte-Links-Regierungen
- 09 **Janine Wissler/Harald Wolf** Interview: „Die Oppositionsrolle schützt nicht vor der Gefahr der Anpassung“
- 12 **Florian Wilde** Europäische Erfahrungen linker Regierungsbeteiligungen
- 15 **Sofia Kousiantza** Kritik an SYRIZA von einem ehemaligen Parteimitglied
- 18 **Klaus Dräger** Das Mitterrand-Experiment
- 21 **Albrecht Müller** Willy Brandt und die sozialliberale Koalition
- 24 **Johanna Uekermann** Interview: „Die SPD wieder als linke Volkspartei positionieren“
- 25 **Gesine Agena** Interview: „Wir lassen uns nicht auf das Machbare reduzieren“
- 26 **Bernd Riexinger** Gewerkschaften und linkes Reformprojekt
- 28 **Janis Ehling** Für eine basis- und klassenorientierte Parteiarbeit der LINKEN
- 32 **Christoph Spehr** Weniger deprimieren, mehr Hegemonie wagen
- 34 **Andreas Fisahn** Linkes Regieren in der EU – sechs Thesen
- 37 **Christiane Reymann** Befreiender Tabubruch. Die LINKE und die NATO
- 40 **Sozialistische Linke** Herausforderungen für DIE LINKE vor der Bundestagswahl 2017
- 43 **Unterstützungserklärung für die Sozialistischen Linke, Spendenaufruf**

Impressum

realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Redaktion: Katharina Dahme, Janis Ehling, Ralf Krämer, Jakob Migenda

Vi.S.d.P.: Jakob Migenda, c/o DIE LINKE – Sozialistische Linke
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Fotos: SL, Jacques Paillette/CC BY-SA 3.0 (S.19), Tobias Pietsch (S.24), gruene.de/CC BY-NC 3.0 (S.25), Jerry Morrison/DOD/wikipedia (S.38). Alle Rechte liegen bei den Fotografinnen und Fotografen.

Druck: Laserline, Berlin

Liebe Genossin, lieber Genosse,

der gesellschaftliche Rechtsruck – sowohl in Gestalt der Pegida und ähnlichen Bewegungen und der Partei AfD als auch in der Realpolitik der etablierten Parteien – und die Zuspitzung des autoritären neoliberalen Kapitalismus stellen die LINKE vor große Herausforderungen und Schwierigkeiten. Wohin diese Entwicklung führen kann, sehen wir gerade in Österreich und Frankreich: die rechtspopulistischen Parteien drohen zur stärksten Kraft zu werden, weil Sozialdemokratie und Konservative fast ununterscheidbar sind und eine starke linke Alternative fehlt. Aber nicht überall in Europa führt der Weg nach rechts. In Griechenland, Spanien, Portugal und Irland konnten linke Parteien die Krise in eine eigene Stärkung ummünzen, in Großbritannien und den USA haben Corbyn und Sanders erfolgreiche Kampagnen geführt, die die Linke gestärkt haben.

Wie können wir es zur Bundestagswahl 2017 und beim mittelfristigen Parteaufbau schaffen, die LINKE zu stärken? Wie können wir Rechtsruck und autoritären Neoliberalismus stoppen, damit uns eine Situation wie in Frankreich und Österreich erspart bleibt? Wie können wir wieder in die Offensive kommen? Diese und andere Fragen diskutieren unsere AutorInnen in diesem Heft.

Schon viele linke Parteien haben den Weg in die Regierung gewählt, um die Gesellschaft zu verändern und manchmal auch, um einen Rechtsruck zu verhindern. Welche Erfahrungen sie in Italien, Griechenland, Frankreich und Deutschland gemacht haben, beleuchten Flo Wilde, Sofia Koutziantzas, Klaus Dräger und Albrecht Müller im ersten Teil des Heftes. Außerdem haben Harald Wolf und Janine Wissler darüber gesprochen, welche Schlussfolgerungen wir aus bisherigen Regierungsbeteiligungen ziehen sollen. Dazu drucken wir Raul Zeliks elf Thesen zu Mitte Links-Regierungen ab, die nichts an Aktualität verloren haben.

Durch die fortschreitenden internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten müssen sich linke Regierun-

gen heute noch stärker als früher mit supranationalen Zwängen auseinandersetzen: insbesondere mit EU und NATO. Welche Spielräume und Reaktionsmöglichkeiten linke Regierungen haben, analysieren Andreas Fisahn und Christiane Reymann im letzten Abschnitt des Heftes.

Regieren ist nicht der einzige Weg zur Gesellschaftsveränderung – ohne linken gesellschaftlichen Druck und Mobilisierungen, auf die sich linke Regierungen stützen können, ist es eher gar keiner. Von großer Bedeutung ist eine starke Partei, die in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aktiv eingreifen kann. Janis Ehling macht Vorschläge für einen klassen- und basisorientierten Aufbau der LINKEN, Christoph Spehr diskutiert einige Schwierigkeiten und Widersprüche der Formierung linker sozialer Subjekte heute.

Trotz allem braucht ein linker Kampf für Gesellschaftsveränderung auch Partner. Deshalb haben wir Johanna Uekermann und Gesine Agena dazu interviewt, welche Rolle Linke aus SPD und Grünen für ein linkes Gesellschaftsprojekt spielen können. Welche Bedeutung Gewerkschaften für ein linkes Reformprojekt haben, betrachtet Bernd Riexinger.

Zum Abschluss skizziert unser BundessprecherInnenrat, wo aus der Sicht der Sozialistischen Linken die aktuellen Herausforderungen der LINKEN liegen und wie sie auf die zuvor aufgeworfenen Fragen und Probleme reagieren soll.

Weil die *realistisch und radikal* ein Debattenmagazin ist, geben die Texte in diesem Heft die persönlichen Auffassungen der AutorInnen wieder.

Viel Spaß beim Lesen,
Katharina Dahme, Janis Ehling,
Ralf Krämer und Jakob Migenda

Mehr davon? Hefte kostenlos bestellen
unter info@sozialistische-linke.de!



Völlig unabhängig davon, ob Rot-Rot-Grün aktuell eine realistische Option ist oder nicht: Bei der Diskussion um Regierungsbeteiligung erhitzen sich die Gemüter. Es ist eine der Gretchenfragen in der LINKEN: Regieren oder Opponieren? Dahinter stehen aber viel mehr Fragen, die sich alle nicht eindeutig beantworten lassen. Wer sind eigentlich unsere PartnerInnen für die dringend notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen? Ist das Parlament der richtige Ort dafür oder ist die Enttäuschung unserer WählerInnen dort vorprogrammiert? Als 2014 die Wahl von Bodo Ramelow zum ersten linken Ministerpräsidenten bevorstand, schrieb der Poli-

tikwissenschaftler und Schriftsteller **Raul Zelik**, unter dem Titel „Emanzipation und Reformpolitik“ elf Thesen zu Mitte-Links-Regierungen. Seitdem ist mit dem Scheitern Syrizas in Griechenland und dem Erstarren neuer linker Parteien und Bewegungen wie Podemos in Spanien und der von Linken tolerierten Minderheitsregierung in Portugal einiges passiert, was in der Debatte eine Rolle spielen sollte. Wir drucken an dieser Stelle die Thesen von Raul Zelik nochmal ab, die nichts an Aktualität verloren haben und aus unserer Sicht einen guten Einstieg in die Diskussion ermöglichen.

Die Gretchenfrage

4

Emanzipation und Reformpolitik. Elf Thesen zu Mitte-Links-Regierungen

1.) Die Vorstellung, dass (Mitte-)Linksregierungen notwendig oder auch nur im Regelfall progressive Politik nach sich ziehen, ist falsch. Betrachtet man die jüngere europäische Geschichte, lässt sich eher das Gegenteil nachweisen: (Mitte-)Links-Regierungen haben in den vergangenen 30 Jahren in Europa häufig jene Modernisierung im Sinne des Kapitals durchgesetzt, an die sich konservative Parteien nicht herantrauten. Die rotgrüne Koalition in Deutschland beispielsweise steht für die Hartz-IV-Reformen, die Senkung der Spitzensteuersätze und den ersten deutschen Kriegseinsatz nach 1945. Ähnliches lässt sich auch für die sozialistischen Regierungen Südeuropas konstatieren. So sorgte die PSOE in Spanien u.a. für den höchst unpopulären NATO-Beitritt, Strukturanpassungsmaßnahmen (die Hunderttausende Jobs kosteten und die kämpferischsten Teile der Gewerkschaften zerschlugen) sowie den Aufbau einer rechten antibaskischen Todesschwadron.

2.) Selbstverständlich haben Mitte-Links-Regierungen auch progressive Reformen ermöglicht. In Deutschland etwa liberalisierte Rotgrün das Staatsbürgerrecht und beschloss den Atomausstieg. Und richtig ist auch, dass die neoliberale Wende ohne die Beteiligung sozialdemokratischer Parteien wahrscheinlich – wie in Groß-

britannien oder den USA – noch brutaler durchgesetzt worden wäre. Umgekehrt stimmt aber eben auch: Die Anerkennung von Migrationsrealitäten oder homosexuellen Lebensformen fand auch in konservativ regierten Ländern Eingang in die Gesetzgebung.

3.) Ganz offensichtlich hängen gesellschaftliche Transformationen also viel weniger von der Regierungszusammensetzung ab, als von Journalisten und Parteien vermutet. Was ist es aber dann, was zu Veränderungen führt? Es sind die Verschiebungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Sprich: *Emanzipation ist nicht das Ergebnis einer Reformpolitik der Regierung, sondern umgekehrt stellen Reformregierungen die institutionelle Antwort auf und den Ausdruck von gesellschaftlichen Hegemonie-Verschiebungen dar.* Es sind die sozialen Kämpfe, kulturellen Aufbrüche, politischen Brüche und Revolten, die emanzipatorische Politik ermöglichen und erzwingen.

4.) Tom Stroh Schneider hat mit „Linke Mehrheiten. Über rot-rot-grün, politische Bündnisse und Hegemonie“ eine Flugschrift zu den Perspektiven einer Reformregierung in Deutschland vorgelegt. Strohschneiders Buch ist kenntnisreich und gut informiert, meiner Ansicht nach

aber auch ein gutes Beispiel für den verengten Politikbegriff in Deutschland. Die Schrift beschäftigt sich fast ausschließlich mit der Frage, wie sich eine rot-rot-grüne Koalition organisatorisch anbahnen lässt. Für eine Transformationsperspektive ist dieses Problem aber sekundär. Die strategische Frage lautet meines Erachtens: Wie lässt sich die neoliberale Hegemonie, durch die alle Lebensbereiche ökonomisiert und Gewinninteressen unterworfen und das soziale Leben fragmentiert werden, unterlaufen und durchbrechen?

5.) LINKE, die als Funktionsträger in Kommunen oder Landesregierungen praktische Erfahrungen mit Verwaltungsaufgaben gesammelt haben, weisen oft darauf hin, dass man sich in Anbetracht der finanziellen und rechtlichen Spielräume keine Illusionen machen dürfe und die Erwartungen herunterschrauben müsse. Sie haben mit dem ersten Teil der Aussage völlig recht. Dass die PDS in der rot-roten Koalition in Berlin so vieles gemacht hat, was mit linken Perspektiven nichts zu tun hatte, lag nicht am „falschen“ Personal. Es lag an jenen Machtverhältnissen, die sich als Sachzwang (Stichwort „leere öffentliche Kassen“) präsentieren.

Linke in Regierungsfunktionen haben letztlich nur zwei Optionen: *Entweder sie akzeptieren und unterwerfen sich diesen Machtverhältnissen und versuchen die herrschende Verteilungssituation ‚möglichst wenig schlecht‘ zu verwalten oder aber sie stellen die „Sachzwänge“ in den Mittelpunkt und versuchen jene Verhältnisse strategisch zu verändern, die den vermeintlichen Sachzwang produzieren.*

Für mich liegt auf der Hand, dass eine Linke, die es mit dem sozialen Fortschritt ernst nimmt, den zweiten Weg einschlagen muss. Sie muss – um beim konkreten Beispiel zu bleiben – deutlich machen, dass öffentliche Kassen nicht leer sind, weil Mittel knapp wären, sondern weil zugunsten von Privatvermögen umverteilt wird, und dann strategisch darauf hinarbeiten, den gemeinschaftlichen Reichtum gegen den privaten zu stärken.

Das gelingt natürlich nicht, wenn man nur parlamentarisch und parteipolitisch agiert. Die Hegemonie des (neoliberalen) Kapitals formiert sich überall in der Gesellschaft: in Medien, Öffentlichkeit, wissenschaftlichen Diskursen, Alltagspraxis, dem Staat selbst und nicht zuletzt in der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital. Realpolitisch handelt hier nur, wer das Problem in seiner ganze Breite versteht und dementsprechend handelt.

6.) (Mitte-)Links-Regierungen wirken häufig kontraproduktiv, indem sie sozialen Widerstand demobilisieren: Menschen delegieren ihre Interessen an die regierende Linke. Die Situation in Thüringen und Deutschland ist heute allerdings ganz anders: Es gibt keine starken Bewegungen, die durch einen Regierungseintritt demobilisiert werden könnten. Gleichzeitig liegt die LINKE in Thüringen bei knapp 30% (zum Zeitpunkt des Entstehens der Thesen, Anm. d. Red.), und es ist klar, dass sich die Partei dem diffusen Wunsch nach einem Poli-





tikwechsel nicht einfach entziehen kann. Die Thüringer LINKE muss im Herbst versuchen eine Regierung zu bilden – wenn sie denn kann.

Doch unter welchen Voraussetzungen könnte diese Regierung trotz der oben genannten Einwände produktiv sein? Die Antwort scheint mir ziemlich simpel: Eine (Mitte-)Links-Regierung erfüllt eine positive gesellschaftliche Funktion, wenn sie die Bedingungen dafür verbessert, dass sich solidarische, basisdemokratische, feministische und antirassistische Erfahrungen und Praxis in der Gesellschaft ausbreiten können.

7.) Um das zu ermöglichen, müsste die LINKE in der Regierung als erstes signalisieren, dass sie die Selbsttätigkeit ‚der Vielen‘ nicht ersetzen kann: Soziale und demokratische Errungenschaften müssen aus der Gesellschaft heraus und gegen Widerstände erkämpft werden. Eine gute Regierung kann das kritische Handeln ‚der Vielen‘ nicht ersetzen! Es wäre schon ein beträchtlicher Politikwechsel, wenn eine regierende Partei das vermitteln würde.

8.) Die LINKE in der Thüringer Regierung hätte zwei konkrete Aufgabenfelder: Sie müsste da, wo sie kann, die Lebensverhältnisse der „einfachen Leute“ – also der

Geringverdiener und Arbeitslosen, der Flüchtlinge und alleinerziehenden Frauen ... – verbessern. Zum Beispiel indem sie den spekulativen Immobilienmärkten mit Gesetzen und Steuern einen Riegel vorschiebt, Strategien einer fiskalpolitischen Umverteilung entwickelt und Flüchtlingen die Unterbringung außerhalb von Lagern ermöglicht.

Gleichzeitig muss sie die Bedingungen für solidarische und basisdemokratische Lebenserfahrungen ‚von unten‘ verbessern. Das Beispiel der sozialdemokratischen Wohnungspolitik im Wien der 1920er Jahre zeigt, dass eine derartige Politik auch auf regionaler und lokaler Ebene möglich ist. Länder und Kommunen können Wohn- und Produktionsgenossenschaften unterstützen, Mittel für soziale Zentren und alternative Medien bereit stellen, Schulen, Universitäten und die öffentliche Verwaltung radikal demokratisieren, gesellschaftskritische Wissenschaften gegen den neoliberalen Mainstream fördern und die Überwachung sozialer Bewegungen durch die Geheimdienste stoppen. Anders ausgedrückt: Die LINKE in der Regierung könnte deutlich machen, dass sie sich in den Dienst eines gesellschaftlichen Transformationsprojekts stellen will.

9.) Die Institutionen der bürgerlichen Demokratie, so wie sie heute existiert, sind genau für diese Emanzipationspraxis allerdings nicht geschaffen. Es ist ein

Mythos, dass der bürgerliche Staat als demokratische Einrichtung entstanden wäre, wie der Liberalismus gerne behauptet. Sowohl das allgemeine, einkommensunabhängige als auch das Frauenwahlrecht mussten dem Bürgertum durch die Arbeiter- bzw. Frauenbewegung abgetrotzt werden. Und auch das Modell der politischen Repräsentation („der Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verpflichtet“) ist eher eine Restriktion der Demokratie als deren Ausdruck. Mit dieser Vermittlungsebene wollten die amerikanischen Staatsgründer verhindern, dass ‚die Massen‘ direkte politische Macht ausüben.

Die LINKE als Teil des parlamentarischen und medialen Betriebs, als Struktureinheit der Verwaltungs- und Regierungskörper, als Mitspieler einer entfremdeten, von den zentralen inhaltlichen Fragen weitgehend befreiten Politik wird von diesen Herrschaftsfunktionen natürlich durchzogen. Wer als Abgeordneter, Staatssekretär oder Mitarbeiter eines Politikers ein Einkommen bezieht und mediale Anerkennung erhält, entwickelt naheliegender Weise ein Interesse daran, seine spezifische Position zu bewahren. Er/sie muss es bis zu einem gewissen Punkt sogar, wenn er/sie bei den Wahlen nicht scheitern will. Die LINKE muss allerdings in der Lage sein, diese Anpassungsmechanismen zu erkennen, sichtbar zu machen und Gegenstrategien zu entwickeln. Die massenmedial vermittelte Berufspolitik ist kein Kennzeichen der Demokratie.

10.) Um die Spaltung zwischen Regierenden und Regierten, zwischen „Politik“ und Bevölkerung zu durchbrechen, könnte die LINKE in der Regierung versuchen, sich transparenter der Kritik zu stellen. In der Logik der Berufspolitik geht es stets darum, Erfolge hervorzuheben und damit die eigene Führungsrolle zu rechtfertigen. Im Sinne gesellschaftlicher Emanzipation könnte man einmal das Gegenteil versuchen. *Die LINKE könnte die Grenzen ihres Handelns und ihre Misserfolge thematisieren und auf diese Weise eine breitere Debatte darüber anstoßen, wie Gesellschaften eigentlich verändert werden.* Dazu würde auch gehören, dass die LINKE klarer definiert, was eine „Kümmerer-Partei“ im positiven Sinne des Wortes eigentlich ausmacht – nämlich, dass sie Betroffene bei der Artikulation von Interessen und bei ihrer Selbstorganisation unterstützt, und nicht, dass sie paternalistisch die Probleme der Bevölkerung löst.

11.) Auch in diesem Punkt haben die „Pragmatiker“ durchaus recht: Es ist falsch, unerfüllbare Erwartungen zu wecken. Linke, kritische Politik braucht konkrete Erfolge – das stimmt für soziale Bewegungen ebenso wie für eine Regierungsbeteiligung. *Das heißt, es bedarf der Ziele, die zwar auf der einen Seite den gesellschaftlichen Vorstellungshorizont erweitern, andererseits aber auch durchsetzbar sind.* Das klingt ambitioniert, ist uns in der Praxis aber durchaus geläufig: Ein Streik, in dem sich Beschäftigte miteinander solidarisieren, vermittelt die konkrete Erfahrung, dass ein gemeinschaftlicheres Leben möglich ist, und strebt doch ein konkretes Ergebnis an.

Was die Regierungsbeteiligung der LINKEN in Thüringen angeht, könnte man in diesem Sinne einige zentrale Kriterien definieren, die eine Transformationsperspekti-

ve sichtbar machen, aber eben auch nicht blind gegenüber den kleinen Erfolgen sind. Das könnten Fragen wie diese sein:

- Eröffnet die Fiskal- und Haushaltspolitik Ansätze für eine Umverteilung von oben nach unten?
- Trägt die Regierungspolitik dazu bei, Wohnraum und andere Elemente der Grundversorgung den Märkten zu entziehen und gesellschaftlicher Kontrolle zu unterstellen? Werden gemeinschaftlich-demokratische Eigentumsformen gegen privatkapitalistische gestärkt?
- Sind Antirassismus und Antifaschismus Kennzeichen des Regierungshandelns?
- Verbessern sich die Bedingungen für andere Formen von Arbeit und Ökonomie – für Genossenschaften, für die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, für die (Selbst-) Organisation von Arbeitslosen und Arbeitenden usw.?
- Wird die ökologische Transformation (Umgestaltung des Nahverkehrs, regenerative Energie ...) systematisch vorangetrieben?
- An welchen Stellen verändert die Regierungspolitik Geschlechterbeziehungen und fördert gleichberechtigte Beziehungen in der Lohn- und Hausarbeit?
- Demokratisieren sich gesellschaftliche Räume, z. B. Schulen und Universitäten?

Für diejenigen, die in Koalitionsverhandlungen stecken, sind solche Überlegungen wahrscheinlich weit weg. Doch andererseits ist ja auch genau das das Problem der professionalisierten Politik. Partei- und wahlstrategische Kalküle verstellen den Blick darauf, worum es aus gesellschaftlicher Perspektive doch eigentlich geht. Für uns Regierte ist eher belanglos, wer das staatliche Personal stellt. Uns interessiert, ob und wie sich die Lebensverhältnisse verändern bzw. verändern lassen. In diesem Sinne sollten wir nicht fragen, ob uns die Regierungsbeteiligung der LINKEN in Thüringen einer rot-rot-grünen Koalition im Bund näher bringt, sondern ob und wie sie Umriss einer ökologischen, demokratischen und solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft sichtbar werden lässt.

Raul Zelik ist Autor und Politikwissenschaftler. Er schreibt regelmäßig zu Ereignissen in Lateinamerika und Spanien, aber auch zu aktuellen Fragen in Deutschland.

„Die Oppositionsrolle schützt nicht vor der Gefahr der Anpassung“

Ein Gespräch mit **Janine Wissler** und **Harald Wolf**.

Lieber Harald, im Herbst sind wieder Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Willst du danach lieber Teil der Regierung oder der Opposition sein?

HW Das muss entlang von Inhalten entschieden werden. Unsere wesentlichen Forderungen sind ein umfassendes Investitionsprogramm in die öffentliche und soziale Infrastruktur verbunden mit einem Beschäftigungsprogramm für Langzeiterwerbslose und Flüchtlinge sowie eine Stärkung des Öffentlichen Dienstes. Wir wollen eine erhebliche Erhöhung des Bestands bezahlbarer kommunaler Wohnungen und eine Erstattung der Wohnkosten für Hartz-IV-Beziehende, die Zwangsumzüge verhindert. Wir wollen die Verkehrs- und Energiewende in Berlin voranbringen, durch die Rekommunalisierung der Energienetze und Aufbau eines landeseigenen Energiedienstleistungsunternehmens. Gelingt es, ein solches Programm in einer Koalitionsvereinbarung verbindlich zu vereinbaren, würde ich mich für eine Regierungsbeteiligung aussprechen. Ist die Verständigung mit den Sozialdemokraten, und eventuell den Grünen, darauf nicht möglich, sollten wir uns in die Opposition begeben.

Janine, als die Berliner PDS 2002, nach über 10 Jahren Ausgrenzung durch die anderen Parteien über eine Koalition mit der SPD diskutierte, sagte Gregor Gysi, Regierungsbeteiligung sei „ein Wert an sich“. Du stehst einer Regierungsbeteiligung eher kritisch bis ablehnend gegenüber. Ist Opposition für dich ein Wert an sich?

JW Franz Müntefering hat das Mantra geprägt, Opposition sei Mist. Dabei wurden viele wichtige Errungenschaften wie der Sozialstaat unter Bismarck, das Frauenwahlrecht oder der Ausstieg aus der Atomenergie unter konservativen Regierungen erstritten und entsprechend aus der politischen Opposition heraus durchgesetzt. Meistens waren dazu große gesellschaftliche Auseinandersetzungen und manchmal sogar Revolutionen nötig. Gleichzeitig fallen viele Verschlechterungen

wie die Agenda 2010 oder auch die ersten deutschen Kriegseinsätze in die Zeit vermeintlich linker Regierungen und auch unter Rot-Rot in Berlin wurden Wohnungen privatisiert. Darauf gibt es also keine pauschale Antwort. Ein wie von Harald skizzierter Politikwechsel müsste die Maßgabe für uns sein. Dann werden auch soziale Bewegungen durch eine Regierungsbeteiligung gestärkt. Ist das nicht der Fall, ist es sinnvoller aus der Opposition Druck zu machen.

HW Wobei die Oppositionsrolle als solche nicht vor der Gefahr der Anpassung und der Unterordnung unter den gesellschaftlichen Mainstream schützt – wie die Grünen eindrucksvoll demonstrieren. Deshalb ist es entscheidend dass die Partei in Regierung wie in Opposition Teil gesellschaftlicher Bewegung ist.

Bei der letzten Regierungsbeteiligung der Berliner LINKEN wurde kritisiert, dass ihr gegen gesellschaftliche Bewegungen Politik gemacht hättet. Die Wahlergebnisse nach der ersten Legislatur waren entsprechend schlecht. Trotzdem habt ihr euch für eine zweite Legislatur Rot-Rot entschieden. Ist die Verführung zur Macht zu groß?

HW Die WählerInnen, die uns 2006 gewählt hatten, haben uns auf der Grundlage eines Wahlkampfes gewählt, in dem wir für eine Fortsetzung einer rot-roten Koalition geworben haben. Zentrale Bedingung dafür waren der Aufbau eines öffentlich-geförderten Beschäftigungssektors, der Einstieg in eine Gemeinschaftsschule und die Sanierung der öffentlichen Unternehmen statt ihrer Privatisierung. Nachdem die SPD in den Koalitionsverhandlungen alle diese Forderungen akzeptierte, hätte die Ablehnung einer Regierungsbildung durch uns auch die noch verbliebene Wählerschaft enttäuscht. Die „Verführung“ zur Macht hielt sich bei allen Akteuren nach den Erfahrungen der ersten Legislaturperiode in Grenzen, es ging bei der Entscheidung über einen erneuten Regierungseintritt nur um die Durchsetzung politischer Inhalte.



„Die Option, eine Minderheitsregierung zu tolerieren, ohne dabei für alle Regierungsentscheidungen in Haftung genommen zu werden, kann für DIE LINKE durchaus interessant sein.“

Janine, du hast 2013 mit der SPD in Hessen sondiert. Woran ist eine Zusammenarbeit gescheitert?

JW Der größte Konfliktpunkt war die Schuldenbremse und ihre Umsetzung. CDU, SPD, FDP und Grüne haben durchgesetzt, dass sie in der Hessischen Verfassung verankert wird, wir haben im Landtag dagegen gestimmt und davor gewarnt, dass die Schuldenbremse eine progressive Reformpolitik enorm erschwert. In den Sondierungsgesprächen machten wir deutlich, dass wir Sozialabbau und Personalabbau im Öffentlichen Dienst nicht mittragen werden – das wurde aber verlangt, um die Schuldenbremse umzusetzen. Hinzu kam, dass Rot-Rot-Grün nur eine sehr knappe Mehrheit gehabt hätte und von Beginn an deutlich wurde, dass die Grünen ein großes Interesse an Schwarz-Grün hatten.

Wie war das 2008 bei den Gesprächen mit der SPD unter Ypsilanti? Da wäre es beinahe zu einer Minderheitsregierung gekommen. Ist das womöglich ein Modell, das in der Debatte innerhalb der Partei ein Kompromiss für alle sein könnte?

JW Die Option, eine Minderheitsregierung zu tolerieren, ohne dabei für alle Regierungsentscheidungen in Haftung genommen zu werden, kann für DIE LINKE durchaus interessant sein. Auch wir haben ja 2008 offensiv angeboten, Roland Koch abzuwählen. Und wir behielten uns vor, jede Gesetzesinitiative gemäß unserem Wahlprogramm und unseren Überzeugungen zu überprüfen.

HW Minderheitsregierungen gehören ja in vielen europäischen Ländern längst zur politischen Normalität, siehe gegenwärtig die sozialdemokratische Minderheitsregierung in Portugal, die von Linksozialisten gestützt wird. Eine linke, sozialistische Partei hätte unter solchen Bedingungen größere Bewegungsfreiheit, könnte ihre Eigenständigkeit gegenüber der Regierungspartei deutlich machen und gleichzeitig jede fortschrittliche Maßnahme, – selbst wenn sie hinter unseren eigenen Forderungen zurückbliebe, unterstützen. Für Maßnahmen, die unseren Grundsätzen widersprechen, müsste

sich die Regierung dann Mehrheiten bei anderen Parteien suchen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich Minderheitsregierungen als akzeptiertes Modell der Regierungsbildung etablieren würden.

JW Die Erfahrung der vorgezogenen Neuwahlen in Nordrhein-Westfalen zeigt aber, dass wir dann auch die Verantwortung haben zu entscheiden, wann wir wechselnde Mehrheiten platzen lassen und damit potentiell auch eine Regierung zu Fall bringen. Und wir müssen uns überlegen, wie wir das unseren WählerInnen und den Akteuren der sozialen Bewegungen vermitteln und diese in solch weitreichende Entscheidungen offensiv einbeziehen. Bei aller Kompromissbereitschaft darf es bei der Richtung der Politik keine Zweideutigkeiten geben. Dazu haben wir ja in der LINKEN nach vielen Diskussionen das Mittel der roten Haltelinien entwickelt.

Harald, hältst du Haltelinien für sinnvoll oder für ein Alibi, um Regierungsbeteiligungen zu verhindern?

HW Haltelinien, die definieren, was Regierung alles nicht tun darf, sind rein defensiv und können keine erfolgreiche Regierungspolitik begründen. Natürlich gibt es Grundsätze für linke Politik, die Regierungspolitik beachten muss. Ich will aber, dass wir darüber hinaus konkrete, positive politische Ziele, Reformprojekte definieren, von deren Umsetzung wir eine Regierungsbeteiligung abhängig machen.

Man könnte behaupten, das Gegenstück zu Haltelinien ist die Forderung nach einer breiten Parteienkoalition gegen die AfD. Sogar eine gemeinsame Regierung mit der CDU wurde ins Gespräch gebracht.

JW Es ist aus meiner Sicht ein Trugschluss zu glauben, den Rechtsruck und die Bedrohung durch die AfD mit einer Regierungskoalition stoppen zu können. Die AfD würde noch stärker auftrumpfen, wenn DIE LINKE als gesellschaftliche Opposition ausfällt. Die Ergebnisse der Landtagswahlen mahnen uns vielmehr, die soziale Frage weiter ins Zentrum zu stellen und gemeinsam mit



„Für Aktionen gegen die rechtsextremistische Gefahr dabei kann es aber nur um Bündnisse für

den Gewerkschaften mobilisierungsfähiger zu werden. Mit unserer Kampagne „Das muss drin sein“ haben wir da erste Schritte gemacht.

HW Dass wir für Aktionen gegen die rechtsextremistische Gefahr breite gesellschaftliche Bündnisse brauchen, die auch Christdemokraten einschließen können, ist das eine. Dabei kann es aber nur um Bündnisse für eine konkrete Aktion gehen, nicht um ein Regierungsbündnis. Es wäre fatal, wenn wir als LINKE mit dem Argument AfD mit den Christdemokraten koalieren würden, die teilweise als Stichwortgeber für die Rechtsextremisten agieren und die mit ihrer neoliberalen Politik den Nährboden für die nationalistische und rassistische Politik von AfD und Pegida gelegt haben. Im Gegenteil, wir müssen unsere Eigenständigkeit bewahren und uns als soziale und solidarische Alternative zu Nationalismus und Rassismus darstellen.

Aber stecken wir nicht in einem Dilemma? Aufgrund der AfD werden wir umso mehr als Oppositionspartei gebraucht. Gleichzeitig wächst der Wunsch bei unseren WählerInnen, dass wir auch eine parlamentarische Alternative zur herrschenden Politik darstellen.

HW Meinungsumfragen zeigen: Unsere Wählerschaft will mit überwältigender Mehrheit eine Regierungsbeteiligung. Gleichzeitig erwartet sie eine möglichst bruchlose Umsetzung linker Forderungen. Da aber linke Positionen in ihrer Gesamtheit, abgesehen von Einzelfragen, keine gesellschaftlichen Mehrheitspositionen darstellen, stehen diese beiden Erwartungen der Mehrheit unser WählerInnen im Widerspruch zueinander. Eine Minderheitsregierung könnte einen Ausweg aus diesem Dilemma weisen, oder eine Regierungsbeteiligung

muss eben an Inhalte gebunden sein, für die es eine ausreichende gesellschaftliche Unterstützung gibt.

JW Es muss darum gehen, die Machtfrage offensiv zu stellen. Das Problem ist ja, dass in unserer Gesellschaft die wesentlichen Schaltstellen der Macht undemokratisch organisiert sind und egal welche Partei regiert, der Einfluss von Banken und Konzernen wesentlich die Politik bestimmt. Als LINKE brauchen wir eine realistische Einschätzung der Kräfteverhältnisse im Land und sollten keine überzogenen Erwartungen an Koalitionen schüren.

Gelingt uns das aktuell? Wir sind derzeit an zwei Landesregierungen beteiligt. Hand aufs Herz: Habt ihr das Gefühl, gut darüber informiert zu sein, was in Thüringen und Brandenburg gerade so passiert?

JW Ich fühle mich ganz gut informiert. Es ist auch nicht allein die Verantwortung der GenossInnen in Thüringen und Brandenburg, sondern die Aufgabe der Partei, die ganz konkreten Erfahrungen in den Ländern zu begleiten und aufzuarbeiten.

HW Man muss schon konstatieren: Unsere Partei diskutiert zu viel über Regierungsbeteiligung im Allgemeinen, aber viel zu wenig über das konkrete Regierungshandeln der LINKEN in den Landesregierungen.

JW Absolut. Das geht in beide Richtungen. Der Auftritt von Bodo Ramelow beim Empfang der Geflüchteten mit dem Megafon am Bahnhof hatte Vorbildcharakter und hätte von der Partei stärker aufgegriffen werden können. Auf der anderen Seite wäre es aber dann auch nötig, problematische Entscheidungen, die DIE LINKE in Regierungsbeteiligungen mitträgt, kritisch zu hinterfragen und nicht schönzureden.

*„Die Partei außerhalb des Staatsapparats muss die Fähigkeit behalten, gesellschaftliche Mobilisierungen und Aktivitäten zu unterstützen und zu initiieren, die über das aktuelle Regierungshandeln hinausgehen.“
(Harald Wolf)*

che Gefahr brauchen wir breite gesellschaftliche Bündnisse, eine konkrete Aktion gehen, nicht um ein Regierungsbündnis.“

Harald, in deiner Bilanz von Rot-Rot in Berlin schreibst du, dass Fehler in der Vergangenheit zukünftig vermieden werden können. In welche Fallen seid ihr getappt und wie müsste die Partei aufgestellt sein, damit sich das nicht wiederholt?

HW Man darf sich in wesentlichen Fragen in einer Koalitionsvereinbarung nicht auf „Prüfaufträge“ einlassen, sondern muss auf klare, verbindliche Vereinbarungen bestehen. Das Grundproblem habe ich aber schon angesprochen: Die Parteiorganisation muss aktiver Teil gesellschaftlicher Bewegung bleiben, das Regierungspersonal muss der Versuchung widerstehen, schlechte Kompromisse als Erfolg zu verkaufen. Die Partei außerhalb des Staatsapparats muss die Fähigkeit behalten, gesellschaftliche Mobilisierungen und Aktivitäten zu unterstützen und zu initiieren, die über das aktuelle Regierungshandeln hinausgehen. Eine solche Arbeitsteilung zwischen dem Regierungspersonal und der Partei außerhalb des Staatsapparats ist ein schwieriger Balanceakt und setzt einen hohen Grad an Bewusstsein auf beiden Seiten voraus.

Mit dem Blick auf die Bundesebene: Was muss passieren, damit eine Regierungsbeteiligung dort überhaupt wieder vorstellbar wird?

JW Die Bundesebene ist das entscheidende Feld. Dort werden durch Rahmenbedingungen in der Steuerpolitik die Spielräume definiert. Ob in Griechenland eine linke Regierung erpresst wird oder Menschen im Mittelmeer ertrinken müssen, wird auf Bundesebene behandelt. Die Frage ist, ob wir glauben, dass sich die Kräfteverhältnisse im imperialen Kernland Europas durch eine Regierungsbeteiligung der LINKEN ändern lassen und ob es für uns Partner für einen Bruch mit der herrschenden Politik gibt. Das ist für absehbare Zeit nicht der Fall. Die SPD hat sich in der Großen Koalition eingerichtet und die Grünen koalieren lieber mit der CDU. Von einem Politikwechsel in den großen politischen Fragen sind diese Parteien kilometerweit entfernt. Das gilt für die Außenpolitik, die Frage der Umverteilung, TTIP und an vielen anderen Punkten. Anstatt darüber zu jammern, sollten wir unsere Rolle als Oppositionsführerin ernst nehmen.

Wie muss sich die Partei also mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 aufstellen?

JW DIE LINKE darf vor den Bundestagswahlen 2017 keine Angst haben. Wir werden gebraucht. Das haben auch die Kommunalwahlen bei uns in Hessen gezeigt, wo wir durchaus respektable Ergebnisse erzielt haben und durch unsere Verankerung in Kämpfen und lokalen Bürgerbewegungen zulegen konnten. Wir müssen neue Mitglieder gewinnen und uns über die Wahlen hinaus als Partei in der Fläche verankern.

HW Wir müssen offensiv für einen Politikwechsel werben, eine gerechte Steuerpolitik, ein öffentliches Investitionsprogramm, Kampf gegen Prekarisierung und gegen die Militarisierung der Außenpolitik und für ein solidarisches statt ein deutsches Europa. SPD und Grüne müssen wir mit diesen Forderungen konfrontieren. Sie müssen sich entscheiden, ob sie sich weiter neoliberaler Politik unterordnen oder soziale Politik betreiben wollen.

JW Es wird oft vergessen, dass es in der aktuell schwierigen Lage auch vieles gibt, worauf wir als Partei stolz sein können. DIE LINKE ist als einzige Partei in der Asylfrage standhaft geblieben. Wir wollen der AfD und dem Rassismus ernsthaft die Stirn bieten. Nur wir mobilisieren an der sozialen Frage und kritisieren die Verhältnisse radikal. Das muss sich auch in unserem Wahlkampf wiederfinden.

Janine Wissler ist Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag und seit 2014 stellvertretende Vorsitzende der LINKEN.

Harald Wolf war von 2002 bis 2011 Wirtschaftssenator der rot-roten Landesregierung in Berlin. 2016 veröffentlichte er eine Bilanz der Regierungsbeteiligung.

Europäische Erfahrungen linker Regierungsbeteiligungen

Die Linksparteien in Europa sollten akzeptieren, dass der Weg sozialökologischer Transformationen durch Regierungsbeteiligungen gegenwärtig versperrt ist. Erst die Eskalation sozialer Kämpfe kann das Kapital zu substanziellen Konzessionen und Kompromissen zwingen, meint **Florian Wilde**.

12

Welche Strategie sollen Linke aus einer Position der gesellschaftlichen Defensive heraus einschlagen, um trotzdem Perspektiven einer sozialökologischen Transformation hin zu einem bunten, lustvollen und ökologischen Sozialismus zu eröffnen? Eine Antwort, die auf diese strategische Grundfrage gegeben wird, ist die Beteiligung an Regierungen.

Einstiegsprojekte in eine sozialökologische Transformation

Die Befürworter verknüpfen mit Regierungsbeteiligungen keineswegs mehr das Versprechen eines unmittelbaren Überganges zum Sozialismus. Vielmehr sollen „Einstiegsprojekte“ in eine sozialökologische Transformation gefunden werden. In ihrer radikaleren Variante sollen sie als Einstiege in eine „doppelte Transformation“ sowohl innerhalb des Kapitalismus wirken als auch zugleich über ihn hinausführen. Das zum Sozialismus transzendierende Element sind in dieser Vorstellung Regierungsmaßnahmen in Gestalt von Reformen, die etwa die Bedeutung gesellschaftlichen Gemeineigentums („Commons“) stärken, Elemente demokratischer Mitgestaltung ausbauen oder steuerpolitisch zu einer Umverteilung von oben nach unten führen. Ebenso wird damit die Vorstellung verknüpft, dass Forderungen sozialer Bewegungen in Regierungshandeln und in den Staatsapparat übersetzt und die Spielräume von Bewegungen erweitert werden können.

Oft folgen linke Regierungsbeteiligungen auch schlicht der Logik des „kleineren Übels“: Selbst wenn keine Einstiegsprojekte durchsetzbar sind, können sie in der Re-

gierung die schlimmsten Angriffe vielleicht doch verhindern. In jedem Fall wird mit Regierungsbeteiligungen die Hoffnung verknüpft, als linke Partei einen „Gebrauchswert“ für WählerInnen und Mitglieder beweisen zu können, der wiederum zu einer Stärkung der linken Partei führt.

Die Linke in Deutschland und Europa sollte sich kritisch Rechenschaft darüber ablegen, ob das strategische Konzept von Veränderungen durch Regierungsbeteiligungen die mit ihm verknüpften Hoffnungen und Versprechungen halten kann. Die Bilanz der letzten 25 Jahre ist ziemlich düster.

Der Fall der Rifondazione Comunista

Zu Beginn der 2000er Jahre war die italienische Rifondazione Comunista (RC) im Heimatland der einst stärksten kommunistischen Bewegung Westeuropas der Hoffnungsträger für linke Parteien in ganz Europa. Tief in den kommunistischen Traditionen des Landes verwurzelt, selbstkritisch der eigenen Geschichte gegenüber, innerparteilich plural, offen für neue linke Diskurse, und fest in den sozialen Bewegungen verankert und auf sie orientiert, erschien die RC im Kontext der globalisierungskritischen Bewegung als role-model für eine junge und radikale Linke auf dem ganzen Kontinent. Nach ihrer wichtigen Rolle bei den globalisierungskritischen Protesten in Genua wurde sie zur treibenden Kraft einer riesigen Antikriegsbewegung, die am 15. Februar 2003 drei Millionen Menschen in Rom gegen den Irak-Krieg auf die Beine brachte.

2006 bis 2008 beteiligte sich die RC der Logik des kleineren Übels folgend an einer Mitte-Links-Regierung, eine neue Berlusconi-Regierung sollte unbedingt verhindert werden. In der Regierung sah sich die RC nicht nur gezwungen, eine von ihr bisher abgelehnte, neoliberale Politik mitzutragen, sie unterstützte plötzlich auch Militäreinsätze wie im Libanon und Afghanistan, gegen die sie bisher unter dem Slogan „ohne Wenn und Aber gegen den Krieg“ an vorderster Front gekämpft hatte.



Wie einst die SPD Karl Liebknecht, schloss die RC zwei ihrer Senatoren aus, weil sie gegen den Einsatz in Afghanistan stimmten. Aus der „Partei der Bewegungen“ wurde in der Regierung eine Partei, die die Bewegungen angriff, aus der „Partei der Alternativen“ wurde eine Partei, die das neoliberale TINA (there is no alternative) mit umsetzte.

Die Folgen waren katastrophal: Nur zwei Jahre später kehrte Berlusconi an die Regierung zurück. Die RC flog aus dem Parlament, in dem erstmals seit 1945 keine kommunistische Partei mehr saß. Bei jeder Wahl verlor sie weiter. Nicht nur die Partei, auch die Bewegungen fielen nach dieser Regierungsbeteiligung in eine Depression von historischer Tiefe. Die Erfahrung, dass dein engster Bündnispartner plötzlich die Seiten wechselt und auf der anderen Seite der Barrikaden stehen

kann, erzeugte tiefes Misstrauen, Spaltungen und Sektierertum. Die tiefe Entfremdung weiter Teile der italienischen Bevölkerung vom politischen System kam in der Folge ausschließlich der Protestpartei Beppe Grillos zu Gute. Die italienische kommunistische Linke hatte sich durch ihre Regierungsbeteiligung in einem Maße diskreditiert, dass sie diese Entfremdungsprozesse nicht mehr auffangen konnte.

Gleiche Erfahrungen in Nordeuropa

Ein aktuelles Beispiel bietet Island, wo die Links-Grüne Bewegung (LGB) vor dem Hintergrund von Massenprotesten nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2009 22% der Stimmen erhielt und in die Regierung eintrat. Auch wenn die folgende Bankenrettung in Island anders ablief, als in anderen Ländern, wurde auch hier nicht mit dem neoliberalen Paradigma gebrochen. Während die LGB immer gegen die Mitgliedschaft Islands in NATO und EU gekämpft hatte, stellte ausgerechnet ihre Regierung den Aufnahmeantrag in die EU. Bei den Wahlen 2013 stürzte die LGB auf die Hälfte ab und erhielt nur noch 11%. Aus der auf die Panama-Papers-Enthüllungen folgenden neuen Krise des politischen Systems Islands kann die LGB nicht mehr profitieren: Es sind die unverbrauchten, bisher nicht diskreditierten „Piraten“, die sich als Alternative darstellen können und bei allen Umfragen führen.

Die anderen skandinavischen Linksparteien machten ähnliche Erfahrungen: Die norwegische „Sozialistische Linkspartei“ schrumpfte in ihrer Regierungszeit von 2005 bis 2013 von 9 auf 4% der Stimmen. Ähnlich erging es der schwedischen Linkspartei und der dänischen Sozialistischen Volkspartei.

Etwas weniger dramatisch weist auch die Bilanz in Finnland in diese Richtung. Hier war das „Linksbündnis“ 1995 mit einem Ergebnis von 11,2% in die Regierung eingetreten; 2003 erhielt die Partei noch 9,9%. 2011 trat sie mit 8,1% erneut in die Regierung ein. Dass sie diese vor Ende der Legislatur verließ, da sie den neoliberalen Kurs nicht bis zum Letzten mitzugehen bereit war, dürfte sie vor dem völligen Absturz bewahrt haben: 2015 entfielen noch 7,1% auf die Partei.

Aufstieg des Rechtspopulismus

In allen skandinavischen Ländern zeigte sich eine weitere, dramatische Folge linker Regierungsbeteiligungen: ihre Wahrnehmung als Teil eines neoliberalen Parteienkartells bereitete einem erschreckenden Aufstieg rechter und rechtspopulistischer Kräfte neue Protestparteienden Boden. Ähnliches passierte in Frankreich.

In keinem einzigen Fall der vergangenen 25 Jahre konnte eine linke Regierungsbeteiligung in Europa eine Abkehr vom Neoliberalismus herbeiführen. Überall versagte die Strategie, Regierungen als Sprungbrett zu einer „doppelten Transformation“ zu nutzen. Nachhaltige „Einstiegsprojekte in einen sozialökologischen Umbau“ sind nirgendwo zu verzeichnen. In vielen Ländern beförderten linke Regierungsbeteiligungen den elektoralen Aufstieg des größtmöglichen Übels: rechter, rechtspopulistischer und faschistischer Parteien.

Modernisieren und retten linke Regierungen den Kapitalismus?

Stellt sich die Frage, ob linke Regierungsbeteiligungen nicht sogar aus Sicht des Kapitals einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung neoliberaler und Kriegspolitiken leisten. In Deutschland bedurfte es bekanntlich einer rot-grünen Regierung, um den ersten Kriegseinsatz und den massivsten Sozialabbau nach 1945 durchzusetzen, weil eine konservative Regierung mit einer solchen Politik auf zu großen Widerstand gestoßen wäre.

Die kurz zuvor noch so starke italienische Anti-Kriegsbewegung hätte dem Afghanistan-Krieg womöglich nicht derart ohnmächtig gegenübergestanden, wäre dieser nicht von der Rifondazione in der Regierung unterstützt worden. In Berlin wäre der Widerstand gegen den Verkauf kommunaler Wohnungen zu Ramschpreisen an internationale Investoren und gegen die Tarifflicht des Landes im Öffentlichen Dienst wohl ungleich stärker ausgefallen, hätte die PDS/LINKE diese Politik nicht aus der Regierung heraus mitverantwortet, sondern auf der Straße bekämpft.

Linke Regierungen scheitern nicht aus Dummheit oder Verrat

Wie ist das Scheitern linker Regierungsbeteiligungen zu erklären? Eine mögliche Erklärung wäre, dass das Führungspersonal der Linksparteien quasi überall in Europa aus korrumpierten neoliberalen Wölfen im roten Schafspelz besteht, die gezielt und bewusst die Programme ihrer Parteien verraten. Eine andere, dass die Intentionen zwar gut sind, das Führungspersonal aber unfähig ist. Auch wenn es für beide Fälle einzelne Beispiele geben mag: in der Summe vermögen diese Erklärungen nicht zu überzeugen. Zu unterschiedlich sind die Traditionen, Zusammensetzung und Ausrichtung der betroffenen Parteien.

Wenn linke Regierungsbeteiligungen trotz fähiger und aufrichtiger GenossInnen mit guten Intentionen wiederholt in Niederlagen enden, dann müssen die Gründe dafür tiefer liegen.

Sie sind in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen unserer historischen Epoche zu suchen. Das Kapital hat im Neoliberalismus eine Stärke erreicht, dass ihm aus einer Regierungsposition nicht nur nicht entgegengetreten werden kann, sondern es auch Regierungen mit linken Beteiligungen zu Instrumenten der Durchsetzung seiner Interessen macht. Die Beispiele belegen eindrücklich, dass es gegenwärtig keinen Spielraum für eine linke Reformpolitik aus einer Regierungsposition heraus gibt.

Die Linke braucht eine Strategie jenseits der Regierungen

Die Linksparteien in Europa sollten akzeptieren, dass der Weg sozialökologischer Transformationen durch Regierungsbeteiligungen gegenwärtig versperrt ist. Die Europäische Linke muss eine alternative Strategie entwickeln, die auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durch den langfristigen und nachhaltigen Aufbau starker, verbindender und organisierender linker Parteien, massenhafter sozialer Bewegungen und kämpferischer Gewerkschaften orientiert. Erst wenn das Kapital durch eine Eskalation sozialer Kämpfe derart in die gesellschaftliche Defensive gedrängt wird, dass es Angst um seine Zukunft hat, wird es wieder zu substanziellen Konzessionen und Kompromissen bereit sein. Auch dann wäre noch zu diskutieren, ob Regierungsbeteiligungen tatsächlich die adäquate Strategie einer sozialistischen Transformation darstellen. Aber zumindest würden sich wieder Spielräume für Reformen eröffnen, die es linken Parteien erlauben, in Regierungen mehr als nur immer neue Niederlagen zu erleben.

Florian Wilde studierte 2002/03 in Italien und war dort in der Jugendorganisation der Rifondazione Comunista aktiv. 2012-14 war er Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN.



Kritik an SYRIZA von einem ehemaligen Parteimitglied

SYRIZA hat die Modernisierung des kapitalistischen Staates und nicht mehr die Überwindung der Austeritätspolitik zu ihrem Hauptziel erklärt. Das zeigt, wie sich die griechische Linke von der Klassenfrage distanziert hat, sagt **Sofia Kousiantza**.

Es ist bemerkenswert, dass viele SYRIZA-VertreterInnen die kommenden Rente- und Steuerreform überwiegend als Erpressungsergebnis darstellen, wenn sie mit deutschen und internationalen Linken kommunizieren. Für die griechische Öffentlichkeit produziert SYRIZA ein ganz anderes Bild: Dort werden die Reformen als gerechte und notwendige Maßnahmen dargestellt. Wie konnte es so weit kommen? Und: Was hätte SYRIZA anders machen können?

Vorweg: Uns ist mittlerweile allen klar geworden, dass eine auf dem guten Willen des Gegners basierende Verhandlungsstrategie oder mindestens eine Strategie, nach der die Bundesregierung einen Grexit nie in Kauf nehmen würde, die politische Lage in der EU falsch eingeschätzt hatte. Auf der anderen Seite hatten die Befürworter eines linken Grexits innerhalb von SYRIZA auch keinen konkreten Plan vorgelegt, welche Art von Vorbereitung der Gesellschaft und der Produktion notwendig gewesen wäre, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Der Ausgangspunkt ist für mich daher der 13. Juli 2015, dem Tag der sogenannten Einigung im Schuldenstreit zwischen Deutschland und Griechenland, da ich die Tatsache voraussetze, dass die Verhandlungsstrategie falsch war und die Vorbereitung für einen Grexit nie unternommen wurde.

Der neue Rahmen: drastische Einschränkung der Demokratie

Die September-Wahl war die erste Wahl in Griechenland, bei der die Sozial- und Wirtschaftspolitik schon im Voraus beschlossen waren. Die niedrigste Wahlbeteiligung in der griechischen Geschichte ist bestimmt auch auf diese Tatsache zurück zu führen. Der 13. Juli 2015 war damit ein Wendepunkt in der griechischen Geschichte. An diesem Tag wurde klar, dass die Eliten Europas die demokratische Bürgerbeteiligung nicht mehr dulden würden. Das Referendum und das mutige OXI der GriechInnen wurden ignoriert. This was a coup. Der offensichtliche Charakter des Putsches diente gerade der Belehrung der Untertanen. Allerdings war das Ergebnis nicht nur die Fortsetzung der Sparpolitik, sondern auch die dauerhafte Aufhebung der Volkssouveränität: Auf der ersten Seite des neuen Memorandums steht, dass alle künftigen Gesetzesentwürfe mit der Troika abgestimmt werden müssen, bevor sie ins Parla-

ment zur Verabschiedung kommen.

Diese neue Entwicklung veränderte drastisch den Rahmen, in dem die politische Praxis stattfindet. Für die Linke reicht es nach dem 13. Juli nicht mehr, dem Staat Forderungen zu stellen und die Kräfteverhältnisse im Parlament zu verschieben. Nach dem 13. Juli sind die Voraussetzungen für eine mögliche linke Politik nicht bekannt. Allerdings hat SYRIZA das Ende der Verhandlungen mit den Gläubigern bisher offiziell noch nicht zu einer strategischen Niederlage der Demokratie erklärt. Dementsprechend wird bei der Ausarbeitung der künftigen Partei-Strategie diese massive Einschränkung der Demokratie nicht als zentrales Problem gesehen. Aber solange der massive antidemokratische Charakter der neuen Situation nicht anerkannt wird, ist eine angemessene Antwort von Seiten der Gesellschaft nicht möglich.

Die Einschätzung der neuen Rahmenbedingungen ist eine kollektive Aufgabe für die Linke. Allerdings hat der Parteitag, den das SYRIZA-Zentralkomitee im August für den September 2015 beschloss, immer noch nicht stattgefunden. Sowohl die Gesellschaft als auch die Partei mussten sich über die Medien über die neue Strategie von SYRIZA informieren und zwar in der öffentlichen Ansprache von Tsipras, bei der er eine Neuwahl ankündigte. SYRIZA würde an dieser Wahl teilnehmen, damit die Linken diejenigen sind, die das erpresste 3. Memorandum umsetzen würden. Die Aufhebung der innerparteilichen Demokratie in SYRIZA verlief also gleichzeitig mit der Aufhebung der Volkssouveränität.

“Gerechter wird derjenige, der Gerechtes tut” (Aristoteles)

Der erste Bereich, in dem die drastische Wende von SYRIZA bemerkbar wurde, war die Migrationspolitik. Die neue Regierung öffnete nie die Grenzstation in Kipi an der Grenze zur Türkei, trotz der wachsenden Flüchtlingsströme. Damit stellte sie den Menschen keine sicheren Fluchtwege zur Verfügung, was das Leben von Hunderten von Kriegsflüchtlingen kostete. Zusätzlich begrüßte sie nicht nur den Einsatz der NATO im Mittelmeer, sondern auch die Vereinbarung zwischen EU und Türkei und stellte sie sogar als eigenen diplomatischen Erfolg dar. Anstatt also ihr Wahlversprechen zu realisieren und die Flüchtlingslager abzuschaffen, baut gerade

SYRIZA Hafteinrichtungen, in denen die Menschen eingesperrt werden und die Presse nicht rein darf, um von dort aus die Kriegsflüchtlinge in die Türkei abzuschieben. In dieser Weise hat sich die griechische Regierung die europäische Abschottungspolitik zu eigen gemacht und trägt damit die Verantwortung für eine historische Aushebelung des Flüchtlingsrechts mit.

Die neoliberalen Reformen zu eigen machen

Darüber hinaus werden die kommenden Reformen die Krise in Griechenland weiter vertiefen. Dort gibt es Arbeitslosengeld für ein Jahr (pauschal 360 Euro/Monat), aber keine soziale Sicherung danach. Deshalb sind viele Familien auf die Rente der Großeltern angewiesen. Doch durch das 3. Sparprogramm ist die Regierung gebunden, 1,5 Mrd. Euro im Jahr 2016 beim Sozialversicherungssystem zu sparen. Daher sieht die Rentenreform von SYRIZA eine weitere Senkung der Renten vor, so dass das letzte Einkommen von ganzen Familien abgeschafft wird. Trotzdem verteidigt die Regierung diese Reform als sozial gerecht und betont sogar, dass sie diese auch alleine eingeführt hätte, wenn die Troika ihr diese Reform nicht aufgezwungen hätte. Angeblich ginge es dabei um Generationengerechtigkeit.

Die kommende Steuerreform sieht eine drastische Steigerung der Einkommenssteuer vor, die die Selbständigen am härtesten trifft. Es stimmt zwar, dass freie Rechtsanwälte oft mehr Geld zur Verfügung haben als die Erwerbslosen, das ist allerdings kein Grund, die verbliebene griechische Mittelschicht, die noch von ihrem Einkommen lebt, in die Pleite zu zwingen. Die Troika hat erst vor kurzem klar gemacht, dass es unausweichlich ist, auch die Besteuerung der unteren Klassen weiter zu erhöhen. Diese Reform wird ebenfalls von der Regierung als linke Politik verteidigt.

Was hätten sie denn tun können?

Nach dem 13. Juli eilten sich viele Linke, die SYRIZA-Führung zu verteidigen, weil sie das Beste aus ihren Möglichkeiten gemacht hätte. Allerdings gab es eine Möglichkeit, die nie diskutiert wurde: Auf der Grundlage, dass ein Notfall-Grexit ohne Vorbereitung eventuell eine noch größere humanitäre Katastrophe als das 3. Sparprogramm mit sich bringen würde, hätte die Regierung zwar das 3. Memorandum unterschreiben und danach Neuwahlen ankündigen können, ohne aber an der Wahl teilzunehmen: Die Teilnahme an einer Wahl deren politisches Ergebnis ein Erpressungsergebnis und schon im Voraus beschlossen ist, ist das Anerkennen des neuen Regimes als rechtmäßig. Dieses kurzfristige Zurücktreten der Partei hätte ihr die Möglichkeit gegeben, demokratisch und kollektiv die antidemokratische Entwicklung zu evaluieren, die Parteikräfte zu sammeln, sie nach der harten Niederlage zu reorganisieren und die Verteidigungslinie der Gesellschaft vorzubereiten – und dabei das Management der Schuldenkolonie den ideologischen Unterstützern der Sparpolitik zu überlassen.

Diese Strategie kann als Wegrennen vor der politischen Verantwortung interpretiert werden. Allerdings wird die politische Verantwortung nach dem 13. Juli nicht mehr an einer Teilnahme an einem scheindemokratischen Prozess gemessen, sondern an der Bereitschaft und der Effektivität, die Selbstorganisation der Gesellschaft zu unterstützen. Ohne den demokratischen Rahmen des politischen Prozesses bleibt der Gesellschaft nicht mehr viel übrig, als ihre Reproduktion selbst zu organisieren – um danach vorbereitet aus der Eurozone auszutreten. Das wäre meines Erachtens die Aufgabe der Linken nach dem Coup gewesen.

Viele sagen, man sollte auf das sogenannte parallele Programm von SYRIZA nicht verzichten. Abgesehen davon, dass das par-



alle Programme nicht gerade bei der Stärkung demokratischer Solidarstrukturen von unten ansetzt, ist es selbst als humanitäres Programm ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wie die im September noch anfängliche Veränderung der Wählerschaft SYRIZAs signalisierte (siehe Analyse von Andreas Karitzis, erschienen bei der rls) und die Umfragen zeigen, macht die Durchsetzung des 3. Sparpakets SYRIZA zum de facto Gegner der Beschäftigten, der RentnerInnen und der Arbeitslosen.

Vorhandener liberaler Fortschritt ist von der Klassen- und Umverteilungsfrage abgekoppelt

Andere sagen, dass man auch nicht auf die progressiven Maßnahmen, wie die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft, verzichten sollte. Obwohl solche Maßnahmen tatsächlich wichtige demokratische Errungenschaften darstellen, machen sie das Politikfeld der Liberalen aus, wenn sie von der Klassen- und Umverteilungsfrage abgekoppelt werden. Die Tatsache, dass SYRIZA die Modernisierung des kapitalistischen Staates und nicht mehr die Überwindung der Austeritätspolitik zu ihrem Hauptziel erklärt hat, zeigt inwieweit sich die griechische Linke von der Klassenfrage distanziert hat.

Zum Schluß gibt es das Argument, dass ein Wahlsieg der Konservativen im September eine brutale Repression gegen die Protestbewegungen ermöglicht hätte. Meines Erachtens wäre das tatsächlich möglich gewesen, aber die Gesamtsituation wäre mittel- und langfristigerweise eventuell besser. Das Schlimmste an der Entscheidung der SYRIZA-Führung war, dass sie die Gesellschaft fast ohne organisierten linken Widerstand gelassen hat. SYRIZA war die einzige solide griechen-

landweite Struktur, im Rahmen derer der Widerstand gegen die neoliberale Barbarei organisiert wurde. Mit der erneuten Regierungsübernahme hat SYRIZA gerade die Fortsetzung dieser Politik garantiert, was die linken Aktivisten politisch paralyisierte. Diese Aktivisten sind nicht mehr in der Lage die Selbstorganisation der Gesellschaft zu unterstützen und gleichzeitig eine Regierung zu verteidigen, deren Politik gerade diese Selbstorganisation nötig macht.

Aber das wirklich Tragische an der neuen Parteistrategie ist, dass sie die Option "Ende der Sparpolitik" überhaupt abschaffte und damit die Gesellschaft zum leichten Opfer der Gleichgültigkeit machte. Vor diesem moralischen Hintergrund kündigen die Verstärkung der sozialen Ungerechtigkeit, die das 3. Sparpaket mit sich bringt, das Ausschalten des linken Widerstands und die Vertiefung der geostrategischen Krise in der weiteren Region des Mittelmeers keine gute Entwicklung für die griechische Gesellschaft an.

Sofia Kousiantza hat SYRIZA in Berlin mitgegründet. Zur Zeit schreibt sie ihre Dissertation über Spinoza.



Das Mitterrand-Experiment

Eine Linksregierung steuerte ab 1981 die Geschicke Frankreichs. Warum aus dem hoffnungsvollen Aufbruch ein Fiasko für die französische Linke wurde, beschreibt **Klaus Dräger**.

Die Sozialistische Partei Frankreichs (PS) stand 1981 vor einer ähnlichen Situation wie Tsipras' „radikal-linker“ Syriza im Januar 2015, als sie mit François Mitterrand an der Spitze die Präsidentschafts- und Parlamentswahl in Frankreich gewann. Auch damals spielte die Frage der „europäischen Integration“ eine entscheidende Rolle für den Kurs, den die französische Linksregierung letztlich einschlug.

Die PS entstand 1971 als Zusammenschluss verschiedener Gruppen der nicht-kommunistischen Linken. Die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) war nach dem Zweiten Weltkrieg dort die dominierende Kraft der Linken, mit bis zu einem Viertel der Wählerstimmen. Die PS sollte den Kommunisten diesen Platz streitig zu machen. So sagte Mitterrand auf dem Gründungskongress der PS in Épinay: „Reform oder Revolution? ... Ja zur Revolution. (...) Wer nicht mit der etablierten Ordnung, der kapitalistischen Gesellschaft, brechen will, kann nicht Mitglied der Sozialistischen Partei sein.“

„Freiheit, Demokratie und Sozialismus“ war das Credo der Sozialisten, die sich mindestens so hart oder gar radikaler als die PCF gerierte und sich so erfolgreich von der an die Sowjetunion gebundene PCF abgrenzen konnte.

Ergebnis dieser Strategie waren die „Linksunion“ und das „Gemeinsame Programm“ mit PCF und der linksliberalen MRG (Bewegung der radikalen Linken) im Juni

1972. Die Linksunion wollte den Sozialstaat ausbauen, Löhne und Sozialleistungen erhöhen, weite Bereiche der Wirtschaft verstaatlichen und durch „demokratische Planung“ auf nationaler Ebene zusammenbinden, Gewerkschaftsrechte und Rechte der ArbeitnehmerInnen stärken, Demokratie auf lokaler und regionaler Ebene ausbauen u.v.m. Bei den Wahlen 1978 unterlag die PS nur knapp, zog aber erstmals an den Kommunisten vorbei. Diese reagierten mit einer „Linkswende“ und forderten mehr Verstaatlichung und anderes für die Neuaufgabe des „Gemeinsamen Programms“, was die PS verweigerte. So kam es erstmal zum Bruch der Linksunion – die Kommunisten schieden aus.

Zu den Wahlen in 1981 trat die PS deshalb mit einem eigenen Programm auf – den „110 Forderungen für Frankreich“, die im Großen und Ganzen auf dem früheren „Gemeinsamen Programm“ der Linksunion aufbauten. Mitterrand wurde mit 51,8% der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erzielten die Kräfte der Linken (PS, MRG, PCF etc.) in der zweiten Runde zusammen 56,8% der Stimmen. In der ersten Wahlrunde kamen PS/MRG auf 37,5 %, PCF auf 16,2 % der abgegebenen Stimmen – der Trend zu den Sozialisten als nun dominante Kraft der französischen Linken war eindeutig. Die wahlpolitisch nochmals geschwächte PCF beteiligte sich aber an einer Regierungskoalition mit PS und MRG – die Euphorie unter den LinkswählerInnen in Frankreich war groß.

Keynesianismus in einem Land?

Die neue Linksregierung verstaatlichte 90 Prozent des Finanzsektors und zwölf der 20 größten Industrieunternehmen. Ihr Ziel war es, vor allem die in der Rezession 1979 deutlich geschwächte französische Industrie mit Subventionen zu modernisieren. So wollte sie Beschäftigung sichern und den Absatz von Produkten und Dienstleistungen made in France wieder steigern. Durch Verstaatlichung sollte die Position der Verluste

„Wer nicht mit der etablierten Ordnung, der kapitalistischen Gesellschaft, brechen will, kann nicht Mitglied der Sozialistischen Partei sein.“ François Mitterrand

machenden französischen Konzerne durch industriepolitische Eingriffe des Staates verbessert werden, in der Hoffnung, dass dies Arbeitsplätze sichern und schaffen würde. Weitere Maßnahmen sollten die Kaufkraft der „einfachen Leute“ erhöhen und die Binnennachfrage beleben. Dazu wurde der gesetzliche Mindestlohn um 10% angehoben und die Löhne sollten an die Inflation angepasst werden. Die öffentlichen Ausgaben wurden 1981 und 1982 jeweils um 11,4% erhöht. Mit dem „Loi Auroux“ wurden die Rechte und die Verhandlungsposition der Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene gestärkt. Das Rentenalter wurde von 65 auf 60 Jahre abgesenkt, Frühverrentungen in Krisenbranchen erleichtert, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung erhöht u.v.m.

Für die Neoliberalen war das Programm der Sozialisten Teufelszeug

Allerdings war die französische Linksregierung die einzige in Europa, die auf die Wirtschaftskrise mit einer keynesianischen Politik zur Belebung der Binnennachfrage reagierte. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt zeigte Mitterrands Versuchen die kalte Schulter, Deutschland für ein entsprechendes gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. Die damals regierenden Ikonen der „neoliberalen Revolution“, die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher in Großbritannien und US-Präsident Ronald Reagan, sahen das Programm der französischen Sozialisten ohnehin als Teufelszeug an.

Pech für die Linksregierung in Frankreich, dass die Wirtschaftskrise in den reichen Industriestaaten bis in die 1980er Jahre anhielt und alle anderen Regierungen den

„Kampf gegen die Inflation“ und die „Gesundschumpfung der Wirtschaft“ als ihr Hauptziel betrieben. Als die US-Inflationsrate im März 1980 auf 14,8% hochschnellte, erhöhte Paul Volcker als Chef der US-Zentralbank den Leitzins von 11% brachial in einem Schritt auf 20%. Die Deutsche Bundesbank zog nach, die Kurse von Dollar und DM stiegen steil an.

Dadurch verteuerten sich die französischen Importe drastisch. Die französischen Unternehmerverbände hatten die Verstaatlichung defizitärer Unternehmen eher klaglos hingenommen, waren aber heftig empört über die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, die für sie zu den währungspolitisch bedingten Kostensteigerungen hinzukamen. Sie reagierten mit einem Investitionsstreik und fielen dadurch in punkto Effizienz und Absatz noch mehr zurück.

Die offenen Flanken der Strategie der PS

In nur einer Woche im Mai 1981 zogen Kapitalisten und Vermögensbesitzer Finanzvermögen im Wert von 4 bis 5 Mrd. US-Dollar aus Frankreich ab, das Handelsbilanz-Defizit stieg von 4,7 Mrd. US\$ 1981 auf 12,1 Mrd. US\$ in 1982. Das Haushaltsdefizit wuchs von 0,4% auf 3% des Bruttoinlandsprodukts. Spekulative Attacken gegen den französischen Franc gewannen an Fahrt. War also Mitterrands „Keynesianismus in einem Land“ ein von Anfang an unmögliches Projekt?

Die französischen Sozialisten waren sich über die Probleme ihrer Strategie in diesem von Rezession und



Die französische Linksregierung war die einzige in Europa, die auf die Wirtschaftskrise keynesianistisch reagierte.

Austerität geprägten europäischen und weltwirtschaftlichen Umfeld durchaus im Klaren. Im *Projet Socialiste*, den 1980 verabschiedeten Thesen der PS, hatten sie vorausgesehen, dass die angestrebte Modernisierung der französischen Industrie längere Zeiträume bräuchte. Eine Belebung der Binnennachfrage in Frankreich könne daher letztlich den Konkurrenten zu Gute kommen und die Defizite bei Leistungsbilanz und öffentlichen Haushalten verschärfen. So kam es auch: Von der kurzzeitigen Belebung der Binnennachfrage in Frankreich profitierten andere, hauptsächlich die deutsche und amerikanische Exportwirtschaft.

Sofortige Kapitalverkehrskontrollen, eine drastische Abwertung des Franc gleich 1981; aus dem EWS wenigstens zeitweise ausscheren; selektive protektionistische Maßnahmen im Außenhandel; ein Modernisierungsprogramm in der verstaatlichten Industrie – dies alles lag in der Logik des „*Projet Socialiste*“ für einen „sozial regulierten Kapitalismus“.

Linke Kritiker der Mitterrand-Ära bemerkten Anfang der 1990er Jahre, dass diese offenen Flanken des PS-Programms zu wenig angegangen wurden.

Fiskalpolitische Verfehlungen

Schon seit 1978 war der französische Franc gegenüber der DM um rund 20% überbewertet, und der Kurs der DM stieg danach ja dramatisch an. Dies hätte eine drastische Abwertung des Franc verlangt, um das linke Reformprogramm einigermaßen umsetzbar zu halten, die aber nicht erfolgte. Mitterrands rechter Vorgänger im Präsidentenamt, Giscard d'Estaing, hatte hingegen 1976 den Franc um 30% abgewertet, und Frankreich die „Europäische Währungsschlange“ als Vorgängersystem des EWS damals verlassen. Präsident Mitterrand, Premierminister Mauroy, Finanzminister Delors und Wirtschaftsminister Fabius waren sich einig, dass Frankreich im EWS verbleiben und der Franc möglichst hart gehalten werden müsse. Die „europäische Einigung“ ging über alles.

Kontrollen des Kapitalverkehrs wurden spät und zögerlich eingeführt, nachdem das meiste Kapital schon abgewandert war. Industrieminister Chevènement (PS) und die Kommunisten plädierten erfolglos für einen Austritt aus dem EWS und selektive protektionistische Maßnahmen. Zwischen 1981 und 1983 wurde der Franc dann durch Verhandlungen mit Deutschland im EWS in kleinen Schritten dreimal um jeweils rund 2,5% abgewertet.

Ganz in der Logik dieser Linie des „harten Franc“ kam dann auf Betreiben von Jacques Delors schon ab 1982 eine Reformpause und 1983 die berühmte Wende zur Austerität. Die öffentlichen Ausgaben wurden drastisch gekürzt, die Lohnindexierung abgeschafft, Lohn- und Verbrauchssteuern im Gesamtumfang von 40 Mrd.

Franc angehoben usw. Damit war die Linksregierung auf die gleiche „Sparpolitik“ eingeschwenkt, die zuvor von Helmut Schmidt in Deutschland eingeleitet und dann verstärkt von Helmut Kohl sowie dem Rest der EWG betrieben wurde. Um Frankreich im EWS und dem Gemeinsamen Markt zu halten, gab die Linksregierung ihr Programm auf und verfolgte nun selbst eine Politik, die sie zuvor scharf kritisiert hatte.

Ergebnisse des Mitterrand-Experiments

Die Arbeitslosenrate in Frankreich stieg gegenüber dem Stand von 1981 bis zur „Wende von 1983“ um weitere 1,9% an. Da im gleichen Zeitraum die Arbeitslosenrate in Deutschland um 5% und im Rest der EWG im Schnitt um 4,2% wuchs, wurden die Erwartungen der französischen Linken damit zwar enttäuscht – aber immerhin war es besser als im übrigen Europa. Nach der Wende zur Austerität schoss die Arbeitslosenrate in Frankreich dann aber auch auf 10,3% in 1985.

Die Verstaatlichung führender französischer Industrieunternehmen kann als zweischneidige „Erfolgsgeschichte“ betrachtet werden. Bis 1982/83 machten sie zwar weiterhin Verluste, wurden durch die Fördermaßnahmen der Linksregierung modernisiert. Nach der Wende zur Austeritätspolitik nahmen die staatlichen Subventionen ab. Das Management durfte wieder freier agieren – also Belegschaften abbauen, internationale Beteiligungen eingehen usw. Profitsteigerung und Wettbewerbsfähigkeit standen wieder im Vordergrund. Ohne öffentliche Modernisierungsinvestitionen zuvor aber wären die verstaatlichten Unternehmen nie dahin gekommen, sondern schon vorher untergegangen.

Der PS-nahe Ökonom Elie Cohen stellte Anfang der 1990er Jahre triumphierend fest: die Verstaatlichungen von 1982 „leisteten einen essentiellen Beitrag zur Erneuerung und Modernisierung des französischen Kapitalismus.“

Die PS verlor bis 1993 mehr als die Hälfte ihrer früheren WählerInnen. Die PCF blieb bis 1984 in der Regierung, trotz der Wende zur Austerität. Auch sie verloren einen Großteil ihrer verbliebenen WählerInnen. Was als hoffnungsvoller Aufbruch zu einer besseren Gesellschaft begann, endete in einem Fiasko für die Linke.

Klaus Dräger war Fraktionsmitarbeiter bei der Linksfraktion im Europäischen Parlament. Er veröffentlichte vielfach zur Wirtschafts- und Sozialpolitik u.a. in den Zeitschriften Sozialismus und Z – Marxistische Erneuerung.

Willy Brandt und die sozialliberale Koalition

Ihre sozialen Reformen, die Basis politischer Fortschritte und ihr Scheitern. Von **Albrecht Müller**

Mit einer kleinen Geschichte, die viel zum gestellten Thema sagt, möchte ich beginnen: Anfang 1973 – also zu Beginn der zweiten Regierung Willy Brandts als Bundeskanzler – war ich als neu ernannter Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt eingeladen zu einem Treffen von sozialdemokratischen Abteilungsleitern in den Ministerien und im Kanzleramt. Man traf sich in längeren Abständen, aber regelmäßig in einem Club der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ich war neu zu diesem Gremium hinzugekommen. Meine Kolleginnen und Kollegen haben in mir den Verantwortlichen für den Bundestagswahlkampf 1972 und insbesondere für die harte Auseinandersetzung mit der Union und ihren Hintermännern in der Wirtschaft gesehen. Sie waren gar nicht erbaut. Mich überraschte schon ein bisschen, dass ich nicht mit Hallo und einer gewissen Dankbarkeit begrüßt und stattdessen mit Klagen überschüttet wurde. Nicht von allen, aber spürbar. Die Auseinandersetzung im Wahlkampf sei zu hart, zu polarisierend gewesen.

„Willy Brandt hat im Wahlkampf viel zu hohe Erwartungen geweckt.“

Das war eine Standardklage, die auch bei anderen Gelegenheiten in jener Zeit oft wiederholt wurde. Den konservativen Kreisen in der SPD passte die Auseinandersetzung mit dem Großen Geld, die wir im Bundestagswahlkampf 1972 geführt und gewonnen hatten, nicht. Als ich dann später für Bundeskanzler Helmut Schmidt arbeitete, merkte er mehr als einmal an, ich hätte mit der Kampagne gegen das Große Geld das Verhältnis der SPD zur Wirtschaft beschädigt.

Diese Geschichte ist für unser Thema relevant: Der konservative Teil der SPD war von Willy Brandt mit einer emotionalen Überhöhung der Reformarbeit neutralisiert

worden. Diese Konservativen, die alten Kanalarbeiter und der zu dieser Zeit gegründete Seeheimer Kreis, haben dann aber wesentlich dazu beigetragen, die Dynamik entweichen zu lassen, die man für wirkliche soziale Fortschritte braucht.

Meine konservativen sozialdemokratischen Kollegen im Kreis der Abteilungsleiter innerhalb der Bundesregierung haben die Notwendigkeit der emotionalen Dynamik des Reformprozesses nicht erkannt. Sie waren nicht stolz auf die erreichten Reformen. Offenbar spürten sie auch den Druck der etablierten konservativen Kollegen in der Bürokratie und in den Medien. Ich habe das selbst in meiner Zeit als Redenschreiber von Wirtschaftsminister Karl Schiller erlebt: dort hatten sich die wenigen Sozialdemokraten im Leitungsbereich mit damals schon neoliberal angehauchten Kollegen von CDU und CSU herumzuschlagen. Das war die Realität, in der die sozialen Reformen vorbereitet und durchgesetzt werden mussten.

Es gab Erfolge und Fortschritte, eine Revolution war es nicht

Neben vielen kleinen Reformen war das Wichtigste wohl die aktive Beschäftigungspolitik. Sie führte zu starken Lohnsteigerungen und einer wirklichen Verschiebung der Lohnquote zugunsten der Lohnabhängigen. Schon deshalb ist die Behauptung, die von Keynes Gedanken mitbestimmte wirtschaftspolitische Linie sei in den siebziger Jahren gescheitert, ziemlich schräg und durch die Wirklichkeit nicht gedeckt. Auch in den späten siebziger Jahren gab es beschäftigungspolitische Erfolge: Das Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) der Regierung Schmidt hat nach Berechnungen des Ifo-Instituts 400.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Inte-

Einige Reformen der Sozialliberalen Koalition:

- flexible Altersgrenze, zur Ruhe setzen ab 63 Jahren
- kostenlose Vorsorgeuntersuchung gegen Krebs
- neues Betriebsverfassungsgesetz
- Anhebung der Kleinrenten
- jährliche automatische Erhöhung der Kriegsoferrenten
- Unfallversicherungsschutz für Kindergartenkinder, Schüler und Studenten
- Städtebauförderungsgesetz
- langfristiges Wohnungsbauprogramm
- Öffnung der Krankenversicherung für kleine Unternehmer
- Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige und Hausfrauen
- Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung
- Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für alle Anfänger im Beruf
- 624-DMark-Vermögensbildungsgesetz
- gleiches Kindergeld für alle statt der ungerechten Kindersteuerfreibeträge. 1975, als Helmut Schmidt Bundeskanzler war, durchgesetzt
- erstmalig Krankenversicherung für Landwirte
- mehr Geld für Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung durch den Bund. Öffnung der weiterführenden Schulen und der Universitäten, einschließlich neu gebauter Universitäten für Kinder aus Arbeiterfamilien
- neues Bundesausbildungsförderungsgesetz
- Ausbau der Jugendvertretung im neuen Betriebsverfassungsgesetz
- Einstieg in den Umweltschutz
- Energiesparprogramm nach Beginn der Energiekrise im Oktober 1973

ressant dabei: diese Studie bekommt man selbst beim Ifo-Institut nicht mehr. Die Erfolge der keynesianisch geprägten Beschäftigungspolitik sollen unter den Teppich gekehrt werden.

Die Erfolge der Beschäftigungspolitik waren wichtig. Viele Regelungen des Arbeitsrechtes und des Betriebsverfassungsrechtes sind nach aller Erfahrung immer nur so viel wert sind, wie die Beschäftigungslage. Das heißt konkret: Vollbeschäftigung, die Kampfbereitschaft und die Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten wurde in dieser Zeit stabilisiert und erhöht.

Willy Brandt und seine Mitstreiter haben den Spielraum für eine soziale Politik erweitert

Willy Brandts Regierung hat eine Atmosphäre für mehr Solidarität und weniger Egoismus geprägt. Dafür gibt es viele Belege und gute Beispiele. Sie haben alle auch etwas mit dem zu tun, was die zuvor erwähnten konservativen sozialdemokratischen Regierungsbeamten beklagten – Willy Brandt habe zu hohe Erwartungen geweckt. Ich nenne ein paar Stichworte:

Fünf Wochen vor der wichtigen Bundestagswahl 1972 warb Willy Brandt bei einem Parteitag in Dortmund dafür, dass die Menschen mehr Mitgefühl gegenüber anderen entwickeln. Die Wahl wurde grandios gewonnen. Das ist ein Beleg dafür, dass das übliche Gerede, es komme allein auf Wirtschaftskompetenz an, irreführend ist.

Drei Jahre vorher, in der Regierungserklärung 1969 warb er dafür, mehr Demokratie zu wagen. Und er sprach von Versöhnungspolitik gegenüber den Völkern Mittel- und Osteuropas. In der Regierungserklärung versprach er unseren Nachbarn, wir wollten ein Volk der guten Nachbarn sein, nach innen und nach außen.

Mit ihm als Parteivorsitzenden war es möglich, ein Flugblatt mit der Überschrift „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“ zu drucken und in Millionenaufgabe zu verteilen. Brandt stand hinter der Kampagne gegen das Große Geld und hinter Anzeigen, in denen die SPD den Spitzenkandidaten der CDU/CSU, Rainer Barzel, fragte: „Was haben Sie versprochen für die Millionen?“. Nach der Explosion der Energiepreise ab Oktober 1973 unterstützte er die Erarbeitung eines Energiesparprogramms. Gleichzeitig wollte er mit der Entscheidung für autofreie Sonntage das Bewusstsein für eine andere Energiepolitik schärfen. Dieser Versuch der Bewusstseinsenerweiterung wurde von seinen Gegnern außerhalb und innerhalb der SPD belächelt, weil diese damals wie heute nicht begriffen haben, wie wichtig die Erweiterung des Spielraums und des Bewusstseins für eine soziale und fortschrittliche Politik ist.

Fairerweise will ich anfügen, dass es in jenem Umfeld immerhin ein paar wenige Personen aus dem eher konservativen Lager der SPD gab, die in ihren guten

Zeiten und auf Feldern, die ihnen nahelagen, ebenfalls den Spielraum für eine vernünftigeren und fortschrittlichen Politik zu erweitern suchten: Hans-Jochen Vogel hat schon als Oberbürgermeister von München gegen die Spekulation auf dem Bodenmarkt gekämpft und Schritte gegen die Spekulanten gefordert und gefördert. Wenn man jene Debatte um Spekulation mit der Bewunderung für die Spekulanten in der Zeit der Explosion der Aktienkurse bis 1999 und im Vorfeld der Finanzkrise vergleicht, dann kann man ermessen, wie unterschiedlich die SPD damals im Vergleich zu heute agiert. Das gilt auch für Helmut Schmidt. Er war einmal Vorsitzender einer sogenannten Langzeitkommission und forderte in dieser Funktion mehr Aufgaben für den öffentlichen Sektor und mehr Geld für die Erledigung dieser Aufgaben.

Das Scheitern der sozialen Veränderungen

Ein paar Erklärungen für das Scheitern habe ich schon genannt, zum Beispiel die Macht der eher Konservativen in der Regierungspartei von damals. Hinzu kommt: der Koalitionspartner FDP war zu Anfang der sozialliberalen Koalition stark geprägt von fortschrittlichen Kräften um ihren damaligen Generalsekretär Hermann Flach. Die Freiburger Thesen waren sehr sozial(!)-liberal. Später ist diese soziale Orientierung verschwunden.

Auch die Medien waren nicht nur für die Entspannungspolitik, sondern auch für eine Interessenpolitik für abhängig Beschäftigte und finanziell schwächere Menschen wenigstens teilweise offen.

Aber der folgende Vorgang zeigt, wie schnell diese Fortschrittlichkeit bei Medien den eigenen Interessen zum Opfer fallen können. Im Jahr 1971 tagte unter Vorsitz von Erhard Eppler eine sehr rege SPD-Steuerreformkommission. Da ich der einzige Ökonom in der damaligen SPD-Zentrale, der „Baracke“, war, musste ich mich im Nebenberuf um diese Kommission kümmern – ein wahres Vergnügen übrigens, und ihre Beschlüsse sind heute noch wegweisend. Eines Tages rief mich der

Bonner Korrespondent einer großen bayerischen Zeitung an und fragte im Auftrag einer seiner Spitzenleute, ob es stimme, dass die SPD die Steuervorteile, die es bis dahin auch für den Bau eines zweiten Wohnhauses gab, streichen wolle. Wenn das wahr sei, dann gehe seine Sympathie für die SPD verloren, denn so habe man ja nicht gewettet bei der Unterstützung der Reformpolitik.

So ist die Realität. Aber sie war so nicht nötig. Wenn es in den siebziger Jahren und danach gelungen wäre, die emotionale Dynamik der Politik und der richtungsweisenden Äußerungen von Willy Brandt weiter zur Richtschnur des Handelns und Redens zu machen, dann wäre auch weiter eine sozialere, eine gerechtere Politik möglich gewesen.

Nachbemerkung

In Naomi Kleins Buch „Schockstrategie“ kann man nachlesen, dass die neoliberalen Ideologen aus Chicago schon im Herbst 1973 in Chile ihre Art von Reformen ausprobierten, unter dem Schutz des neuen Präsidenten und Diktators Pinochet. Warum sollten diese Einflüsse in einem Land am südlichen Ende des amerikanischen Kontinents wirksam sein und nicht in einem Land im Zentrum Europas?

Albrecht Müller arbeitet als Publizist und ist Herausgeber der Nachdenkseiten. Er arbeitete in verschiedenen Funktionen für die sozialliberalen Koalitionen Brandt und Schmidt. U.a. als Redenschreiber des Wirtschaftsministers Karl Schiller und für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkämpfe der SPD zwischen 1969 und 1972. 1973 bis 1982 war er Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt.

Was macht den Linken Flügel in der SPD aus? Welche Ideen bringt er voran?

Unter dem Begriff des „linken Flügels“ ist kein straff organisiertes Bündnis zu verstehen, vielmehr zählt man verschiedene Teile, Gruppen und Einzelpersonen innerhalb der SPD dazu. Wesentlich sind sicherlich wir Jusos als Jugendorganisation der SPD, die „Parlamentarische Linke“ als Zusammenschluss verschiedener Bundestagsabgeordneter, aber eben auch diverse Parteimitglieder vor Ort.

Unser Ziel ist, die SPD wieder verstärkt als linke Volkspartei zu positionieren. Soziale Gerechtigkeit muss die

„Die SPD wieder als linke Volkspartei positionieren“

Ein Interview mit **Johanna Uekermann** zum linken Flügel der SPD.

24

Richtschnur unseres politischen Handelns sein. In den letzten Jahren gehörten dazu vor allem Kurskorrekturen gegenüber den Verfehlungen der Agenda 2010. Aktuell machen wir Druck, um noch in der Großen Koalition restriktive Regeln zur Bekämpfung von Leih- und Zeitarbeit und Verbesserungen in der Rentenpolitik durchzusetzen. Wir sind der Meinung, dass die SPD Politik für die Menschen machen muss, die uns dringend brauchen. Dafür müssen Einkommen und Vermögen gerecht verteilt werden. Wir fordern Investitionen in die Zukunft. Es kann nicht angehen, dass die bessere finanzielle Ausstattung für Bildungspolitik, Wohnungsbau und Hilfen zur Integration zugunsten von Schäubles „Schwarzer Null“ auf der Strecke bleibt.

Wie wichtig sind linke Ideen und der linke Flügel in der SPD?

Der linke Flügel ist ein unverzichtbarer Impulsgeber für die Programmatik der SPD. Gerade jetzt, wo wir um die 20 Prozent rumdümpeln, kommt es auf uns an. Denn parlamentarische Mehrheiten für wirklich progressive und solidarische Politik wird es nur mit einer starken SPD geben. Und stark war die SPD immer dann, wenn sie eine gesellschaftliche Vision skizzieren konnte.

Eine Veränderung der Gesellschaft braucht Motoren. Welche Rolle können die linken Teile der SPD für eine Veränderung der Gesellschaft spielen?

Ich will uns da nicht klein reden, aber Parteien können nur zum Motor gesellschaftlicher Veränderung werden, wenn auch über sie hinaus der Wille dazu besteht. Gerade wir Jusos, aber auch die Parteilinken in der SPD, sind daher seit vielen Jahren in der Zusammenarbeit in Bündnissen mit anderen Gruppen und Organisationen vertraut. Dazu gehören Gewerkschaften, andere Jugendverbände, aber auch Bürgerinitiativen, die beispielsweise in der Flüchtlingshilfe aktiv sind.

Unsere Aufgabe als Parteilinke in der SPD ist nun, verschiedene gesellschaftliche Wünsche nach Veränderung in ein neues politisches Projekt zu überführen.

Wenn wir die SPD für eine zukunftsweisende Vision unserer Gesellschaft begeistern können, welche auch die Grünen und die Partei Die Linke mitnimmt, dann haben wir auch wieder eine Perspektive auf echten gesellschaftlichen Fortschritt.

Was sind die BündnispartnerInnen für eine Gesellschaftsveränderung und auf welchem Weg kommen wir zu dieser Veränderung?

Großes Engagement sehe ich im Moment vor allem in der Ge-

flüchtetenhilfe und beim Kampf gegen Rechts. Gemeinsam mit anderen Parteien, Gewerkschaften und weiteren großen und kleinen Organisationen haben wir vor kurzem das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ gegründet. Mich freut, dass sich bei diesem Thema gerade so viele junge Menschen einsetzen und hier nun ihren Beitrag für eine solidarische Welt leisten wollen. Politik braucht Ideen von außen und manchmal auch den Druck auf der Straße. Das gibt dann vielleicht auch den Zögerlichen in der Politik den Mut, Veränderungen durchzusetzen.



Johanna Uekermann ist seit 2013 Bundesvorsitzende der Jusos.

Was macht den linken Flügel bei Bündnis 90/Die Grünen aus und welche Ideen bringt er voran?

Demokratie braucht Streit und die Möglichkeit, sich zwischen zwei Alternativen entscheiden zu können. Auch wenn die Flügel in der Grünen Partei und die Kategorien links und rechts oft totgesagt werden – noch haben sie sich nicht aufgelöst. Und ich bin davon überzeugt, dass sie auch weiterhin gebraucht werden. Eine Demokratie, in der alle Parteien zur Mitte streben, in der Unterschiede kaum noch vorhanden sind, ist besonders anfällig für populistische Angriffe von rechts.

Es braucht verschiedene Perspektiven auf gesellschaftliche Probleme und Alternativen zu ihrer Lösung. Als linker Flügel blicken wir kritisch auf die Verwerfungen, die der globale Kapitalismus produziert: die gigantische Aneignung der Umwelt und vieler Lebensbereiche zur Profitmaximierung oder die Spaltung vieler Gesellschaften in Arm und Reich. Das ist der zentrale Punkt, der den linken Flügel meines Erachtens ausmacht.

Wie wichtig sind linke Ideen und der linke Flügel in Deiner Partei?

Beide Flügel sind wichtig für die Grüne Partei, weil wir in den Flügeln Ideen vor diskutieren, Debatten vorstrukturieren und so den Streit konstruktiv machen. Den linken Flügel zeichnet aus, dass wir uns nicht auf das Machbare reduzieren lassen, sondern das Denkbare im Blick behalten. Wir müssen aus den realen Problemen unserer Gesellschaft die notwendigen Veränderungen ableiten und nicht allein aus dem, was gerade umsetzbar scheint. Wir haben es mit einer großen Ungleichheit zu tun – Ungleichheit in Einkommen und Vermögen und Ungleichheit in den Chancen und Möglichkeiten, die den Menschen zur Verfügung stehen. Die Antwort auf dieses Problem ist aus linker Sicht, dass wir von oben nach unten und zwischen den Geschlechtern umverteilen müssen. Die Antwort kann nicht sein, zu sagen „Dafür gibt es gerade keine Mehrheiten, darum schweigen wir über dieses Problem“. Es geht darum, Mehrheiten zu erzeugen, zu mobilisieren, zu vernetzen und zu überzeugen für einen Politikwechsel.

Eine Veränderung der Gesellschaft braucht Motoren. Welche Rolle können aus Deiner Sicht die linken Teile Deiner Partei für eine Veränderung der Gesellschaft spielen?

Für die Veränderung brauchen wir natürlich den linken Flügel und linke Ideen der Grünen, aber auch viele andere AkteurInnen aus allen drei linken Parteien - Grüne, LINKE und SPD. Und natürlich eine starke Zivilgesellschaft. Wir haben es mit vielen tiefgreifenden Problemen und Veränderungen zu tun: einem massiv erstarkenden Rechtsextremismus, einer dramatischen Lage von vielen Geflüchteten und einer sich zuspitzenden Ungleichverteilung von Ressourcen weltweit und auch hier vor Ort. Die Klimakrise spitzt sich immer weiter zu und es gibt weiterhin eklatante Diskriminierung

von Frauen, von Schwulen und Lesben, von Menschen mit Migrationshintergrund und vielen anderen. Um hier Gerechtigkeit zu schaffen, damit alle Menschen frei zusammenleben können, dafür braucht es die gesellschaftliche Linke von SPD, über die Grünen bis hin zur Linkspartei.

Wer sind aus Deiner Sicht die BündnispartnerInnen für eine Gesellschaftsveränderung und wie kommen wir dahin?

Wir haben viele BündnispartnerInnen. Die reichen von denjenigen, die Geflüchtete willkommen heißen und ge-

„Wir lassen uns nicht auf das Machbare reduzieren“

Ein Interview mit **Gesine Agena** über den linken Flügel bei Bündnis 90/Die Grünen.

gen Rechts kämpfen, über GewerkschafterInnen bis zu denen, die die Energiewende selbst machen. Ich denke und hoffe, dass wir es momentan und in den kommenden Jahren mit einer Repolitisierung zu tun haben und sich dadurch mehr Menschen für Politik interessieren und engagieren. Das ist das wichtigste, um Veränderungen hin zu einer gerechteren und ökologischeren Welt zu erreichen. Die Parteien müssen diese Veränderungen politisch gestalten.



Gesine Agena ist Mitglied im Bundesvorstand und frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen.

Gewerkschaften und linkes Reformprojekt

Statt sich an die SPD ranzuhängen, müssten Gewerkschaften mit BündnispartnerInnen zusammen gesellschaftlichen Druck aufbauen. Sie müssten sich an die Spitze einer sozialen Reformagenda stellen und die Sozialdemokratie drängen, ihren Kurs zu ändern, damit sie Bestandteil eines linken Lagers wird, sagt **Bernd Riexinger**.

Den Gewerkschaften müsste das Wahlverhalten ihrer Mitglieder bei den drei Landtagswahlen am 13. März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt genauso zu denken geben wie uns. Dass in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt die AfD bei den ArbeiterInnen stärkste Partei und von den Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich gewählt wurde, obwohl sie mit einem gewerkschaftsfeindlichen Programm angetreten ist, ist höchst beunruhigend.

Nicht nur die LINKE hat bei den Gewerkschaften an Strahlkraft verloren, auch die mehr oder weniger deutliche Orientierung auf die SPD ist – von Rheinland-Pfalz – abgesehen, von den meisten Mitgliedern ignoriert worden. Selbst die Grünen in Baden-Württemberg, die jetzt gerade mit der CDU über die Abschaffung des Tariftreuegesetzes verhandeln, bekamen deutlich mehr Stimmen als die SPD, die die Nähe zu den Gewerkschaften geradezu gesucht hatte.

Zwei der vielfältigen Ursachen

Erstens: Seit Jahren verzichten die Gewerkschaften darauf, ihr politisches Mandat offensiv und selbstbewusst wahrzunehmen. Auch wenn es durchaus nicht unwichtige Unterschiede zwischen den Gewerkschaften im politischen Verhalten und der politischen Ausrichtung gibt, ist seit Verabschiedung des gesetzlichen Mindestlohns kein politisches Projekt ersichtlich, das verfolgt wird. Von hörbarer Opposition gegen die Politik der großen Koalition oder gar einer eigenen Reformagenda ist weit und breit nichts zu sehen. Im Gegenteil: Es war

fast schon peinlich, mit welchem Wohlwollen, ja fast schon Unterwürfigkeit Merkel, Gabriel und Nahles auf den Gewerkschaftstagen von IG Metall und ver.di empfangen und beachtet wurden. Ganz im Unterschied zur LINKEN, die eher geduldet als beachtet wurde, obwohl ihre Parteiabende auf den Gewerkschaftstagen bestens besucht waren.

Zweitens: Die neoliberale Politik der Deregulierung und Prekarisierung hat nicht nur große soziale Verwüstungen angerichtet, sondern auch nachhaltige Schneisen in die Organisationsmacht der Gewerkschaften geschlagen. Die seit Jahren zurückgehende Tarifbindung auf inzwischen 51 Prozent im Westen und 37 Prozent im Osten ist Ausdruck dieser Entwicklung. Sie müsste in den Gewerkschaftszentralen alle Alarmglocken schrillen lassen. Der Kampf gegen Prekarisierung durch eine neue Regulierungsoffensive für ein „neues Normalarbeitsverhältnis“ ist nicht nur die zentrale Zukunftsfrage, sondern auch eine Existenzfrage für die Gewerkschaften. Vor diesem Hintergrund mutet es mehr als bescheiden an, wenn die DGB-Führung sich darauf beschränkt, die Reförmchen zu Zeitarbeit und Werkverträgen von Arbeitsministerin Nahles gegen die Scharfmacher aus den Reihen der Unternehmerverbände zu verteidigen, während Tariffucht und Lohndumping durch Werkverträge längst Bestandteil des Systems sind.

Gleichzeitig gelingt es nur noch für immer kleiner werdende Teile der Beschäftigten, nennenswerte Lohnerhöhungen durchzusetzen. Unter dem Druck der Schuldenbremse und der Finanznot im Öffentlichen Dienst wurde selbst in dem gut organisierten und streikfähigen Bereich Sozial- und Erziehungsdienste mit einem längeren Arbeitskampf das Streikziel einer nachhaltigen Aufwendung sozialer Arbeit nur sehr bedingt erreicht. Ohne Veränderung der politischen Rahmenbedingungen und Verteilungsspielräume wird sich daran nur wenig ändern.

All das spricht sehr dafür, dass die Gewerkschaften ihren politischen Winterschlaf beenden müssen. Sie ha-

Die Gewerkschaften müssen ihren politischen Winterschlaf beenden und sich für ein linkes Reformprogramm mobilisieren.

ben allen Grund, sich für ein linkes Reformprogramm zu engagieren und politisch zu mobilisieren. Der Kampf um ein neues Normalarbeitsverhältnis ist mit tariflichen Instrumenten nicht zu gewinnen, sondern muss zusätzlich und wesentlich auf dem politischen Feld ausgetragen werden. Dringend wäre zum Beispiel eine politische Auseinandersetzung um die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Es sollte ausreichen, wenn sie von einer Gewerkschaft beantragt wird. Tarifflicht durch Ausgliederung und Werksvertragsarbeit muss verboten werden. Das sind zentrale Stellschrauben, um die Erosion der Tarifbindung zu stoppen und die Reichweite der geschlossenen Tarifverträge zu erhöhen.

Strategisches Stillhalteabkommen mit der Großen Koalition beenden

Vor dem Hintergrund, dass die Hälfte der Beschäftigten, die ab 2030 in Rente geht, nur eine Rente in Höhe des Grundsicherungsniveaus (derzeit 788 Euro) erhalten wird, ist die geplante Rentenkampagne der DGB-Gewerkschaften vor der Bundestagswahl längst überfällig. Diese Kampagne kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie mit dem Kampf gegen prekäre Beschäftigung und für die Austrocknung des Niedriglohnbereiches verbunden wird. Dazu muss Druck aufgebaut werden, um Befristungen, Leiharbeit und das System der Werkverträge zu stoppen. All das müsste Bestandteil einer Regulierungsoffensive sein und wäre durchaus geeignet für gesellschaftliche Mobilisierung. Nur mit wem wollen die Gewerkschaften das durchsetzen und an wen richtet sich die Kampagne? Es ist doch offensichtlich, dass die Große Koalition ihren von den Gewerkschaften zugedachten Zweck mit der Einführung des Mindestlohnes und minimaler Korrekturen der Agenda 2010 erschöpft hat. Die Grenzen dieser Option sind an allen Fronten deutlich sichtbar.

Deshalb müsste das „Stillhalteabkommen“ mit der Großen Koalition aufgekündigt und auf einen Politikwechsel mit den Bundestagswahlen orientiert werden. Neben den bereits aufgeworfenen Positionen müsste die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt eines solchen Reformprojektes gerückt werden. Ohne massive Umverteilung bzw. Rückverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums von Oben nach Unten werden die Tarifaufsei-

Es geht um die gesellschaftliche Mobilisierung für eine Gerechtigkeitswende, für einen radikalen Bruch mit der neoliberalen Politik der letzten 25 Jahre.

inandersetzungen im Öffentlichen Dienst noch schwieriger, als sie es heute bereits sind. Der Kampf um mehr Personal in Gesundheit, Pflege und Erziehung kann erfolgreicher geführt werden, wenn er mit der Forderung nach einer Vermögenssteuer für MilliardärInnen und MillionärInnen verknüpft wird. Ganz zu schweigen von der Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und der Beendigung der strukturellen Unterfinanzierung der meisten Städte und Gemeinden.

Ein solcher Politikwechsel ist mehr als die Orientierung auf rot-rot-grüne Mehrheiten, die aus heutiger Sicht ohnehin weit entfernt sind. Die soziale Erosion und Verwüstungen dieser Politik sind so groß, dass sie sich nicht in Timpelschritten oder mit leichten Korrekturen aus der Welt schaffen lassen. Das ist mit dem Slogan „Revolution für Gerechtigkeit“ gemeint. Die Gewerkschaften müssten mit BündnispartnerInnen zusammen gesellschaftlichen Druck aufbauen. Anstatt sich an die SPD ranzuhängen, müssten sie sich an die Spitze einer sozialen Reformagenda stellen und die Sozialdemokratie drängen, ihren Kurs zu ändern, damit sie Bestandteil eines linken Lagers wird. Eine Fortsetzung der Großen Koalition, ein Weiter so mit Merkel wäre auch eine Niederlage mit Folgen für die Gewerkschaften.

Bernd Riexinger ist seit 2012 Parteivorsitzender der LINKEN. Zuvor war er Geschäftsführer des ver.di-Betriebs Stuttgart.



Für eine basis- und klassenorientierte Parteiarbeit der LINKEN

Jedes linke Handeln ist an unseren großen Zielen und der Fähigkeit, bestehende Errungenschaften zu verteidigen und auszubauen, zu messen. Konkret bedeutet das, Regierungsbeteiligungen nur einzugehen, wenn sie die Lage der lohnabhängigen Klasse substantiell verbessern. Regierungsbeteiligungen müssen Ausgangspunkte für Verbesserungen sein – sonst braucht es sie nicht, sagt **Janis Ehling**.

Die Landtagswahlen im Frühling 2016 haben unsere Partei aufgeschreckt. Die AfD, die zahlreichen Bürgerkriege und die Geflüchteten sind die Vorboten turbulenter Jahrzehnte der Unsicherheit. Die Kriege um Ressourcen, die Verteilungskämpfe in vielen Ländern werden aufgrund eines zutiefst ungerechten Wirtschaftssystems und der wackelnden Sicherheitsarchitektur zunehmen. Für diese Zeit müssen wir uns als LINKE wappnen.

Gerade weil wir auf eine lange Zeit der Unsicherheit zu steuern, brauchen wir langfristige Antworten und eine Idee, wie diese Antworten wirksam werden können. An guten Ideen mangelt es in unserer Partei nicht, aber an der Umsetzung. Eine erste wichtige Einsicht ist Veränderung funktioniert nur durch massiven gesellschaftlichen Druck. Aber diesen Druck muss auch irgendwer erzeugen.

Wie das besser gelingen kann, dazu will ich hier einen Vorschlag machen. Denn mir liegt der Satz „watt heißt ditt jetze praktisch für uns“ von meinen GenossInnen vor Ort im Ohr (und am Herzen).

Klassenpolitik statt Papiertiger

In der Politik ist kaum noch die Rede von gesellschaftlichen Gruppen oder Klassen. Wer aber genau hinschaut sieht, dass Wahlentscheidungen viel mit der Herkunft, dem Beruf oder dem Geldbeutel zu tun haben. In reichen Stadtteilen ist die Wahlbeteiligung fast doppelt so hoch wie in abgehängten Stadtteilen. Dort wird überwiegend für CDU, Grüne, FDP oder für die AfD gestimmt. Die gut Betuchten wählen klassenbewusst. Für die andere Hälfte der Bevölkerung gilt das aber nicht und das ist das linke Problem. Hier liegt das Potenzial für gesellschaftlichen Druck von links. Diese Menschen müssen wir erreichen, indem wir mit ihnen für unsere Interessen streiten.

Die 99 Prozent zu beschwören, hilft vor Ort aber nicht weiter. Daher müssen wir klären, wen wir ansprechen und mit welchen Menschen wir aktiv werden wollen. Dazu müssen wir uns fragen, wer objektiv das größte Interesse an linker Politik haben könnte. Meines Erachtens sind das:

1. Angestellte vor allem im jetzigen und ehemaligen Öffentlichen Dienst: Verwaltung, Belegschaften von Krankenhäusern, ErzieherInnen, LehrerInnen usw.
2. die große Zahl an politischen AkademikerInnen mit schlechten Jobaussichten
3. dauerhaft prekär Beschäftigte in Leiharbeit und Werkverträgen
4. RentnerInnen, die zunehmend von Altersarmut betroffen sind und
5. Erwerbslose.

Dazu kommen noch solidarische Mittelschichten und klassenbewusste Lohnabhängige in anderen Bereichen, die wissen, dass eine solidarische Gesellschaft besser für alle ist – unabhängig davon, ob sie das moralisch begründen oder mit einer höheren Lebensqualität durch weniger Kriminalität, bessere Gesundheitsversorgung und weniger Abstiegsangst. Beide Gruppen stellen heute das Grundgerüst der Partei, sind aber zu klein und zu wenig durchsetzungsstark. Darum muss sich DIE LINKE erweitern und weitere Gruppen fest einbeziehen.

Warum sollen diese Gruppen besonders ansprechbar für uns LINKE sein?

Diese Gruppen innerhalb und außerhalb der Partei sind am meisten vom Neoliberalismus betroffen. Sie sind größtenteils aus dem wachsenden Dienstleistungssektor. Ihre und unsere Arbeits- und Lebensbedingungen sind schlechter geworden oder massiv gefährdet. Die Perspektiven sind schlecht, wenn es politisch so weiter-

geht. Die Schuldenbremse führt absehbar zu weiteren Kürzungen in Bildung und Verwaltung und zu weiterer Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Das Rentenniveau sinkt und Arbeit soll im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit noch flexibler und billiger sein. Um die Löhne niedrig zu halten, braucht es nach neoliberalen Dogma auch mindestens 5 Prozent sanktionierte und gegängelte Erwerbslose, um den Druck auf die Arbeitenden hoch zu halten.

Ein Teil dieser Probleme kann und muss durch gewerkschaftliche Organisierung und Tarifikämpfe angegangen werden. Das findet aber seine Grenze in der Ausfinanzierung des Öffentlichen Dienstes, des Bildungs-, Gesundheits- und Rentensystems. Hier sind die Beschäftigten, RentnerInnen und Erwerbslosen in ihren Forderungen nach höheren Löhnen UND besseren Arbeits- und Lebensbedingungen auf die Politik angewiesen. Nur sie kann die finanziellen Spielräume für größere materielle Erfolge von Gewerkschaften, sozialen Organisationen und Linken schaffen. Genauso klar ist aber auch: Nur weil die aufgezählten Gruppen ein gemeinsames soziales Interesse haben, kommen sie nicht unbedingt zusammen und erst recht nicht zur LINKEN.

Nur in den seltenen hochpolitischen Phasen – wenn sich sogar KollegInnen, FreundInnen, oder die Verwandten mal für Politik interessieren, tut sich was und die Leute kommen von selbst. Das war bei den Hartz-IV-Protesten der Fall und passiert heute bei Studierenden und AkademikerInnen wegen AfD und Flüchtlingshilfe.

Augenblicklich interessieren sich auch deshalb mehr Leute für DIE LINKE, weil SPD und Grüne ihre politischen Positionen noch weiter abräumen. Die SPD schafft es immer weniger, in ihren Milieus und ehemaligen Hochburgen präsent zu sein. Leider versinkt ein Großteil ihrer ehemaligen AnhängerInnen in Resignation, geht nicht mehr wählen oder wählt AfD. Anders ist es bei den Grünen. Sie kommen aus politisch stärker interessierten Milieus, die durch das Vernachlässigen ökologischer, solidarischer und humanistischer Positionen ein Interesse an der Linken entwickeln.

Die Menschen kommen nicht von allein zur LINKEN

Nur können wir als LINKE davon wenig profitieren. Dazu ein paar bemerkenswerte Zahlen: Seit 2007 haben sich 60 Prozent der LINKEN-Mitgliedschaft ausgetauscht. Seit 2012 sogar 30 Prozent. In den Kreis- und Bezirksverbänden sind vielerorts aber seit Jahren dieselben Leute aktiv. Das zeigt: DIE LINKE schafft es anscheinend viel zu wenig, Neumitglieder in die Arbeit einzubinden. Wir haben also ein grundsätzliches Problem. Das mangelnde Interesse an linker Politik erklärt unsere Parteientwicklung nicht.

Das ist aber nur die Mitgliederebene. Auch die Teile der Partei, die sich hauptsächlich für WählerInnenstimmen interessieren, müssen sich Gedanken machen. Die vielen Abgehängten, die jetzt Nicht- oder sogar AfD-WählerInnen sind, haben vielleicht mehrmals links gewählt, aber ohne für sie spürbaren Effekt. Wir fordern, Hartz-IV abzuschaffen, die Renten zu erhöhen, die Kindergärten

besser auszustatten oder die Mieten zu senken. Aber passiert ist nichts oder kaum etwas – egal ob DIE LINKE regiert hat oder nicht. Warum also sollten sie uns wieder wählen? Auf der Ebene der Wahlversprechen, der Talkshows oder Bürgerbüros werden wir diese Menschen bei dem großen Verdruss über „die“ Politik nicht mehr erreichen.

Einbindung

Deshalb müssen wir gemeinsam die Partei neu ausrichten. Wir sollten dabei an bestehende Erfolge anknüpfen und aus Misserfolgen lernen. Es gibt linke Bezirks- und Kreisverbände, die Mitglieder gut einbinden, exzellente Kommunalpolitik machen, ein aktives Parteileben haben und bestens in Bewegungen, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften verankert sind. Nur sind diese erfolgreichen Beispiele von Basisarbeit zu wenig sichtbar. Diese Ebenen will ich kurz anreißen:

1. Kommunalpolitik: Gute und kompetente Kommunalpolitik in den Kommunalfraktionen der LINKEN zieht politisch hochinteressierte Menschen an. Im besten Falle werden diese in die Fraktionssitzungen und die Arbeit eingebunden. Diese Interessierten sind die Minderheit und diese Art der Einbindung funktioniert einigermaßen flächendeckend.

2. Aktivität: Die Mitgliederversammlungen sind selten ein Hort der Aktivität und Absprache gemeinsamer Arbeit. Einbindung ist darüber kaum möglich. Die Arbeit darüber hinaus wird meist von Einzelnen getragen, die ihre Bereiche und Themen bearbeiten. Sie gründen Basisinitiativen mit oder sind in diesen aktiv, gehen zu Streiks und sind präsent. Nur selten passiert diese politische Arbeit gemeinsam und ist darauf angelegt, andere einzubinden. Dieses gemeinsame Bearbeiten von Themen, Organisieren von Aktionen vor Ort sollte aber Kernbestandteil linker Arbeit sein. Neue lassen sich einbinden, wenn es Projekte und Ideen von Arbeit vor Ort gibt – gerade um die Betriebe/Streiks oder wichtige Anliegen wie TTIP, Privatisierungen oder Großbauprojekte usw. Die Organisierung entlang dieser Themen ist aber gerade innerhalb der Partei wichtig. Hier sollen nicht nur Aktive in Bündnisse geschickt und teilweise verbrannt werden. Die Partei sollte viel stärker selbst – etwa im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ – solche Konflikte und Themen vor Ort angehen.

3. Parteileben: Machen wir uns nichts vor: Viele haben nicht genug Zeit und Lust auf diese Art von Organisationsarbeit. Für diese Mitglieder ist es wichtig, ein gemeinsames Parteileben zu entwickeln, um die Zugehörigkeit zur LINKEN zu stärken. Gemeinsame Vortrags- oder Filmabende, der meist viel belächelte Kaffee- und Kuchentreff der älteren Mitglieder bekommen oft zu wenig Beachtung. Auch diese Art von Parteibindung ist wichtig und erfordert Arbeit. Wir müssen verstärkt darüber reden, wie wir dafür die Räume der Partei als Anlaufpunkte nutzen können.

4. Kümmererpartei: Manche, die zu uns kommen, wollen direkt helfen. Hier ist die Frage, ob Projekte von direkter Hilfe wie DIE LINKE hilft nicht ausgebaut werden können und wie sie so organisiert werden, dass es die Ak-

Unberechtigt parkende Fahrzeuge
werden kostenpflichtig abgeschleppt

BE CAREFUL WITH
EACH OTHER,
SO WE CAN BE
DANGEROUS
TOGETHER.

tiven nicht überlastet. Gerade in abgehängten Stadtteilen wird diese Form der Kümmerarbeit von Freiwilligen übernommen. Das ist eine Riesenbaustelle, wird aber mit dem absehbaren weiteren Rückzug des Staates aus vielen Bereichen immer wichtiger. Im Umkreis der SPD gibt es dafür Die Falken oder die AWO. Im Osten gibt es für Ältere die Volkssolidarität – die der Linken nahe steht. Solche Vorfeldorganisationen braucht DIE LINKE.

Alle vier Punkte gelingender Basisarbeit setzen einiges an Fähigkeiten voraus, die mal mehr, mal weniger im Kreisverband vorhanden sind. Hier braucht es Hilfe und die politische Ausbildung der Aktiven seitens der Bundesebene und einen stärkeren Austausch zwischen den Kreisverbänden.

DIE LINKE bundesweit und vor Ort

Aber nicht nur das Klein-Klein vor Ort ist für eine linke Klassenpolitik wichtig. DIE LINKE ist ein bundesweiter Akteur, der bislang zu wenig bundesweit handelt und sichtbar wird. Deshalb war die Kampagne „Das muss drin sein“ ein richtiger Ansatzpunkt. Leider baute sie zu wenig auf die bestehenden Fähigkeiten der LINKEN-Basis auf.

Die Kampagne geht von der völlig richtigen Idee aus, dass die Partei konfliktfähiger werden muss. Die Partei braucht erfolgreiche Kampagnen neben den Wahlkämpfen. Es geht um konkrete Verbesserungen und Erfolge vor Ort: Privatisierungen verhindern, besseren Nahverkehr oder mehr Kindergartenplätze. Erst dann stellen mehr Menschen fest, wie wichtig linke Organisation ist. Bislang beteiligten sich daran zu wenig Kreisverbände. Das liegt größtenteils daran, dass die Kampagne zu sehr Top-Down organisiert war und die viele Kreisverbände nicht in der Lage waren, sie umzusetzen oder die Kampagne nicht als ihr Projekt wahrgenommen haben. Das sollte beim nächsten Mal besser werden – vielleicht schon indem vorher erfolgreiche Beispiele aus den Kreisverbänden bekannter gemacht werden oder über die Themen eine Urabstimmung stattfindet, die Mitglieder mitnimmt, streiten lässt und ihre Umsetzung verpflichtender macht. Auf keinen Fall sollte die Idee einer bundesweit handlungsfähigen Partei, die gemeinsam handelt und aktiv Verbesserungen durchsetzt, beiseite geschoben werden.

Das große Ganze

DIE LINKE ist im Unterschied zur Bürgerinitiative keine Ein-Themen-Bewegung oder besteht aus verschiedenen Ein-Themen-Bewegungen. Sie hat sich als Ganzes das Ziel gesetzt, die Grundlage der bestehenden Übel, den Kapitalismus zu überwinden.



Tatsächlich bringt nur ein großes gemeinsames Ziel – eine gemeinsame große Erzählung – die unterschiedlichen Interessen zusammen. Und die Krisen- und Fehlerhaftigkeit des Systems, der kapitalistischen Märkte, ist gerade sichtbar wie selten. Eine erfolgreiche langfristige und ausdauernde Organisation haben die neuen sozialen Bewegungen von Greenpeace bis zur Antifa allesamt kaum hinbekommen. Die Partei hat als Einzige die Mittel, die Ausdauer und die Aktiven, das besser zu machen. Das sollten wir auch selbstbewusst formulieren – ohne unsere BündnispartnerInnen zu verprellen. Die Partei kann die verschiedenen Themen der Bewegungen zusammenbringen. Unsere Fixpunkte sind und bleiben soziale Gerechtigkeit, öffentliche Aufgaben in öffentliche Hand, Demokratie, friedliche und nachhaltige Entwicklung.

Was bleibt dann im Bundestag und Parteivorstand zu tun?

Erstens und am wichtigsten: die Basis unterstützen und den Parteaufbau vorantreiben. Zweitens: ordentliche parlamentarische Arbeit statt Mist machen. Auf dieser Ebene versuchen, die beschränkten medialen Kanäle mit unseren Inhalten zu bespielen.

Jedes linke Handeln ist an unseren großen Zielen und der Fähigkeit, bestehende Errungenschaften zu verteidigen und auszubauen, zu messen. Konkret bedeutet das zum Beispiel, Regierungsbeteiligungen nur einzugehen, wenn sie die Lage der lohnabhängigen Klasse substantiell verbessern. Regierungsbeteiligungen müssen Ausgangspunkte für Verbesserungen sein – sonst braucht es sie nicht. Zur Zeit sind Verbesserungen nur gegen die anderen Parteien durchzusetzen. Dann sollten wir das auch so sagen und genauso Politik machen. Veränderungen sind nur gegen die „da oben“ durchzukämpfen.

Wenn wir tatsächlich gemeinsam mit unserer sozialen Basis etwas erreichen, wird das auch weitere Erfolge nach sich ziehen. Das wäre heute im höchsten Maße antifaschistisch und genau so ist der Umgang mit der AfD zu verstehen. Wichtig ist es, etwas eigenes aufzubauen und gemeinsam eine wirkliche Alternative zu gestalten. Das wäre eine linke Basis- und Klassenpolitik im besten Sinne!

Janis Ehling ist Bundesgeschäftsführer von Die Linke. SDS und Mitglied im BundessprecherInnenrat der SL. Außerdem schreibt er gerade an seiner Masterarbeit zu Partientheorie.

Weniger deprimieren, mehr Hegemonie wagen

Die LINKE muss den Mut haben, hegemoniefähige Antworten zu geben. Dazu gehört heute: präzise, umsetzbare Vorschläge für Hier und Jetzt. Nicht nur zu den eigenen Lieblingsthemen, sondern zu den drängenden Problemen, gegenüber denen die Gesellschaft aktuell handeln muss, sagt **Christoph Spehr**.

Die moderne Partei ist eine Erfindung, die auf Lenin zurückgeht. Sie ist mehr als eine Versammlung von Honoratioren oder eine pressure group sozialer Gruppen. Sie ist ein intelligentes Instrument der Veränderung, das die widersprüchliche Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse analysiert und darauf mit gezielten Interventionen antwortet – um aus situativen Vorteilen grundsätzliche Verschiebungen zu machen. Im Unterschied zu anderen Organisationsformen richten sich Parteien darauf, grundsätzliche gesellschaftliche Regeln zu verändern. Vor allem solche, die mit Eigentum, Produktions- und Lebensweise und der Art gesellschaftlicher Entscheidungsfindung zu tun haben.

Wie die Partei dafür aussehen muss, ist selbst ein Ergebnis der Analyse der aktuellen Verhältnisse. Lenins Antwort darauf war die Avantgarde-Partei, die sich darauf konzentriert, im geeigneten Moment die Staatsmacht zu übernehmen. Dass dies eine zeitgebundene Antwort war, zugeschnitten auf die spezielle Situation im vorrevolutionären Russland, hat Gramsci klargestellt. Wo es eine entwickelte Zivilgesellschaft und komplexe Machtstrukturen gibt, funktioniert der Durchmarsch auf die Kommandohöhen der Staatsmacht nicht. Hier muss eine Partei zunächst die Meinungsführerschaft in zentralen Fragen gewinnen, die Lufthöhe darüber, wie die Gesellschaft ihre aktuellen Probleme definiert und lösen will. Sie muss das Anliegen der konkreten sozialen Gruppen und Klassen, die sie vertritt, zum allgemeinen Anliegen machen.

Weder Lenin noch Gramsci hatten es mit Angela Merkel zu tun

Mimmo Porcaro hat nun vor ein paar Jahren in der Zeitschrift „Luxemburg“ die Frage aufgeworfen (unter dem Titel „Occupy Lenin“), ob das heute noch reicht. Ob das ewige „Aufrollen“ der Zivilgesellschaft heute nicht eine zu bequeme und letztlich erfolglose Strategie ist. Weil die Staatsmacht flexibler geworden ist und tiefer in die Gesellschaft reicht. Weil ihr kluger, beweglicher Gebrauch bei der Bearbeitung der jeweils aktuellen Probleme selbst Hegemonie schafft, an der man sich die Zähne ausbeißt. Weder Lenin noch Gramsci hatten es mit Angela Merkel zu tun.

Die Rahmenbedingungen, unter denen die Frage nach der Form der Partei heute beantwortet werden muss, sind vielfach beschrieben worden. Sie arbeitet unter den Bedingungen einer „Mosaik-Linken“ (Hans-Jürgen Urban), auf Augenhöhe mit anderen Akteuren. Sie hat es zu tun mit einer extremen Zersplitterung von „Klasse“, mit Interessenkonflikten innerhalb dieser Klasse und mit offenen Konflikten über Mittäterschaft oder Solidarität, wenn es um das Verhältnis zu „Rasse“, „Geschlecht“ und „Nation“ geht.

In vielen Ländern besteht eine Kluft zwischen sozialer Frage und gesellschaftlicher Liberalisierung. Während viele gesellschaftliche Bastionen eines konservativen Nationalchauvinismus gefallen sind (Homophobie, Geschlechterrollen, Wertediktat), hat die Ungleichheit zwischen Arm und Reich, zwischen Besitzenden und Beschäftigten, kontinuierlich zugenommen. In Deutschland treibt der Modernisierer-Kreis um Angela Merkel gesellschaftliche Weichenstellungen voran (Energiewende, Einwanderungsgesellschaft, Bildungsreform), die für Konservative noch vor 15 Jahren undenkbar waren – während sich das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit beharrlich zuungunsten letzterer verschiebt. Die Klammer zwischen Vernunft und sozialer Frage, lange Zeit eine Stärke der sozialistischen Linken, scheint zerbrochen. Der Globalisierung der Produktion steht noch keine abgeschlossene globalisierte Klassenformierung gegenüber. Es ist nicht einmal richtig klar, welche Institutionen auf globaler Ebene die Staatsmacht verkörpern.

Was mich an manchen Beschwörungen der LINKEN als Klassenpartei oder Bewegungspartei stört, ist, dass sie zu schnell über diese Schwierigkeiten hinwegge-

Die Chance liegt darin, soziale Frage und offene Gesellschaft, Rationalität und Egalität wieder neu zu verklammern

hen. Wer gehört denn heute zur abhängigen Klasse? Wie ist es mit Erwerbslosen, mit Frauen, mit MigrantenInnen, mit dem Gefälle zwischen westlichen Kernbelegschaften und dem Rest? Gehören wirklich fast alle dazu, wie es der Occupy-Slogan „Wir sind die 99%“ suggerierte, oder verläuft die Klassengrenze nicht doch ein bisschen komplizierter? Mit wem bewegen wir uns denn, wenn es zwischen Friedensbewegung und internationaler Solidarität Widersprüche gibt? Oder zwischen Erwerbsloseninitiativen und Gewerkschaften? Oder zwischen globalen sozialen Rechten und eigenen Besitzständen? Bekenntnisse zur Klassen- und Bewegungspartei suggerieren hier Sicherheit, wo keine ist. Manchmal sind sie wertende Bekenntnisse zu dem, was gestern „Klasse“ und „Bewegung“ war: Zur männlichen Fabrikarbeiterschaft auf Kosten des weiblichen Prekariats. Zur antiimperialistischen Friedensbewegung auf Kosten von Rojava und Pussy Riot. Manchmal sind es Rückzüge in eine selbstvergewissernde linke Weltsicht, in der die Herrschaftsverhältnisse so ewiggleich und unbeweglich erscheinen, dass es die modernen Massen wahlweise nur deprimiert oder zu Tode langweilt.

Die Linke muss um die Hegemonie kämpfen statt nur zu kommentieren

Wenn man die Widersprüche zulässt und die heutigen Rahmenbedingungen zu Grunde legt, dann muss eine linke Partei heute vor allem drei Dinge in den Mittelpunkt rücken. Sie muss sich den Konflikten innerhalb der Klasse und zwischen den Bewegungen stellen, versuchen in ihnen zu vermitteln und so zur Formierung eines breiten Gegenlagers beitragen. Sie muss klären, welche neuen gesellschaftlichen Institutionen und Verfahrensweisen sie aufbauen und einfordern will, um längerfristig Kräfteverhältnisse zu verschieben und den Einfluss der von ihr vertretenen sozialen Gruppen zu stärken. Und sie muss sehr genau sagen können,

wie sie die Probleme konkret lösen würde, wenn sie die Staatsmacht hätte. Genauigkeit macht den Unterschied zwischen bloßem Kommentieren aus dem linken Ohrensessel, und dem aktiven Kampf um Hegemonie und die gesellschaftliche Macht.

Die Chance liegt darin, soziale Frage und offene Gesellschaft, Rationalität und Egalität wieder neu zu verklamern. Die aktuelle Krise der Sozialdemokratie gründet wesentlich darin, dass sie an dieser Aufgabe scheitert, während die Grünen sich zunehmend weniger dafür interessieren. Man muss hoffen, dass beides nicht so bleibt, aber man muss die Chance nutzen, daraus jetzt einen größeren Raum für die LINKE zu erkämpfen. Dazu muss die LINKE den Mut haben, hegemoniefähige Antworten zu geben. Dazu gehört heute: präzise, umsetzbare Vorschläge für Hier und Jetzt. Nicht nur zu den eigenen Lieblingsthemen, sondern zu den drängenden Problemen, gegenüber denen die Gesellschaft aktuell handeln muss.

Ohne diese Genauigkeit wird der Gebrauch der Staatsmacht entweder folgenlos sein, oder unerreichbar bleiben. In der heutigen globalisierten Ökonomie und Vergesellschaftung ist jede Nationalgesellschaft ein Jumbo in der Luft. Man kann die Maschine nicht anhalten; man muss sie im Flug umbauen. Der herrschende Pilot mag noch so unbeliebt sein, noch so ungerecht, noch so irrational. Wenn niemand an Bord ist, der bereit und in der Lage ist, an seiner Stelle zu übernehmen, dann hat sich der Aufstand erledigt, bevor er begonnen hat.

Christoph Spehr ist Sprecher des Landesverbandes Bremen der LINKEN.



Linkes Regieren in der EU - sechs Thesen

Die LINKE sollte Spielräume für eine verstärkte Zusammenarbeit emanzipatorischer Regierungen in anderen Mitgliedstaaten offen halten. Außerdem muss sie die Differenz zu den nationalchauvinistischen Strömungen betonen und das neoliberal-europäische Kartell im Spektrum links der Mitte aufweichen, sagt **Andreas Fisahn**.

1. „Links“ nicht zu anspruchsvoll definieren

Das ist ein seltsamer Titel in der gegenwärtigen politischen Lage, lässt sich doch eine schlichte Antwort finden: Linkes Regieren in der EU ist eine Phantasmagorie. Es stellt sich die Frage, ob „linke“ Regierungen – wie in Griechenland, Portugal oder vielleicht auch zukünftig in Großbritannien – auch linke politische Projekte anschieben können. Dabei muss man „links“ in diesem Zusammenhang wenig anspruchsvoll definieren: heute geht es um Projekte, die in den 1970er Jahren als linkssozialdemokratisch oder linkskeynesianisch bezeichnet worden wären.

2. Brüssel und Berlin können gegen hoch verschuldete Staaten durchgreifen

Wie konnte das emanzipatorische Projekt in Griechenland zerstört werden? Die griechische Regierung – das ist die Oberfläche des Problems – war erpressbar, weil sie vor erheblichen Refinanzierungsschwierigkeiten des Staatshaushaltes und damit kurz vor der Insolvenz stand. Weil die Euro-Länder um die Stabilität der Währung insgesamt fürchteten – also keineswegs aus Solidarität – beschlossen sie, den Krisenstaaten Kredite zu günstigeren Bedingungen zu verschaffen. Die Kredite waren an Bedingungen gebunden, nämlich radikale Kürzungsprogramme, die zwischen den Kreditnehmern und der Troika, bestehend aus EU-Kommission, Internationalem Währungsfond (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB), ausgehandelt wurden. In Griechenland gab es – schon vor der Syriza-Regierung – Widerstand gegen diese Austeritätspolitik. Als der griechische Mi-

nisterpräsident Giorgos Papandreou von der sozialdemokratischen Pasok im Jahre 2011 ankündigte, er wolle das Volk über die Kürzungspläne der EU für Griechenland abstimmen lassen, wurde er zum Rücktritt gedrängt und mit dem Segen von Brüssel und Berlin eine „Experten“-Regierung installiert. Ähnliches geschah in Italien mit der Installierung der Regierung Monti. Neuwahlen in Griechenland führten zum Sieg der linken Syriza, aber ihr Handlungsspielraum blieb klein. Die Troika und die Euro-Gruppe kontrollierten die Politik und Schäuble gab den Hardliner. Sie interessierten sich nicht dafür, dass ihr harter Austeritätskurs wiederum in einer Volksabstimmung verworfen wurde. Soziale und demokratische Politik war so unmöglich.

Die unmittelbare Ursache des Scheiterns des linken Projekts ist also auf die Refinanzierungsproblematik und die Verschuldung in Griechenland zurückzuführen.

3. Ein Euro-Ausstieg als Plan B greift zu kurz

Die linke Kritik am EZB-Beschluss richtete sich nicht gegen „monetäre Staatsfinanzierung“, also dagegen, dass die EZB Staatsanleihen aufkauft, sondern dagegen, dass sie den Ankauf von Staatsanleihen davon abhängig macht, dass das Diktat der Troika befolgt wird. Eine Konsequenz der linken Diskussion ist deshalb: Man müsse einen Plan B verfolgen und im Zweifel aus dem Euro aussteigen. Damit gewinne man die Hoheit über die Währungspolitik zurück und könne durch die „eigene“, also etwa die griechische Zentralbank, Staatsanleihen aufkaufen, ohne dies von einem Austeritätsdiktat abhängig zu machen. Zweitens könne man ohne zentrale Währung, also den Euro, die nationale Währung abwerten und durch den so erlangten Exportvorteil die Konjunktur ankurbeln, also Wachstum generieren. Das sei wiederum Voraussetzung, um die Schulden zu reduzieren oder abzubauen.

Das Konzept greift zu kurz: Erstens verkennt es, dass nach Art. 130 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU auch die nationalen Zentralbanken unabhängig sein müssen. Das heißt aber, der Ausstieg aus dem Euro

Die Troika und die Euro-Gruppe kontrollierten die Politik und Schäuble gab den Hardliner.

würde keineswegs eine Gewähr dafür bieten, dass eine nationale Zentralbank im Falle einer Schuldenkrise im Sinne der Regierung auf den Finanzmärkten agiert. Konflikte zwischen Zentralbank und Regierung sind aus der Geschichte der Bundesrepublik bekannt und zeigen, dass eine unabhängige Zentralbank die Wirtschafts- und Finanzpolitik einer Regierung konterkarieren kann. Zweitens bleibt in der Argumentation zum Plan B – zumindest mir – unklar, was mit der bestehenden Verschuldung gegenüber Dritten geschehen soll. Sie müssten entweder weiter bedient werden, was bei abgewerteter Währung teurer wäre und die Finanzierungsklemme verschärfen könnte. Oder man erklärt einseitig einen Schuldenschnitt, letztlich die Staatsinsolvenz. Das aber bedeutet offenbar eine gewisse oder zeitweise Abschottung von internationalen Märkten. Dann aber hat der Plan, Wachstum durch billigere Exporte zu generieren, zumindest eine Schwäche.

Anders stellt sich die Frage für Staaten wie die BRD. Wenn die relativ gute Entwicklung und starke Stellung dem Export zu verdanken ist, gibt es jedenfalls eine ausreichende Anzahl an Gewinnern – oder solche die sich dafür halten, also etwa Belegschaften in der Exportindustrie –, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Systems haben.

4. Ein linkes Regierungsprojekt unterliegt in der EU engen Grenzen

Das zentrale Problem ist allerdings, dass der Euro allenfalls als *pars pro toto* für die insgesamt neoliberale

Struktur der EU stehen kann, die einem linken Projekt auf nationaler wie europäischer Ebene erhebliche Schranken setzt. Die Union ist eben konzipiert als „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“, was in den Verträgen bis ins Detail durchdekliniert und konkretisiert wird und einer emanzipatorischen Politik enge Grenzen setzt.

Der Binnenmarkt ist als Wettbewerbsordnung organisiert. Wettbewerb soll zwischen den Unternehmen stattfinden und findet zwischen den Staaten als Wettbewerb um die Unternehmensansiedlung statt, also als Standortkonkurrenz. Wettbewerb braucht Ordnung, also gleiche oder ähnliche rechtliche Rahmenbedingungen wie z.B. Umweltschutzstandards. Die Harmonisierung und Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in der EU hat zwei Ausnahmen: Direkte Steuern und die Sozialversicherungssysteme bleiben in der ausschließlichen Kompetenz der Nationalstaaten. Diese planvolle Lücke muss zu einem Dumpingwettbewerb um niedrige Steuern und niedrige Sozialabgaben für die Unternehmen führen. Ganz in dieser Logik bewegt sich die Flat-Tax in Irland oder Tschechien, die Aushandlung von Steuersätzen für Großkonzerne in Luxemburg und Hartz IV in der Bundesrepublik. Aus dieser Logik kann ein linkes Regierungsprojekt nicht aussteigen. Es geht nämlich nicht um die Politik der Union, um politische Mehrheiten auf europäischer oder nationaler Ebene.



Die planvolle Lücke der Harmonisierung bei direkten Steuern und Sozialversicherung führt zum Dumpingwettbewerb.

Der Neoliberalismus ist in die Verfassung der Union, in die europäischen Verträge eingeschrieben und setzt alternativen, emanzipatorischen Projekten enge Grenzen, solange der Union die Gefolgschaft nicht gekündigt wird.

5. Deutschland hat seine halbhegemoniale Stellung überstrapaziert

Genau das geschieht gegenwärtig, aber von rechts. Polen und Ungarn haben die Gefolgschaft offen aufgekündigt und können sich gegenseitig garantieren, dass Sanktionen wegen der Verletzung der „Grundwerte“ der Union (Art. 7 des Vertrags über die Europäische Union) nicht beschlossen werden können. Deutschland hat in der griechischen Tragödie seine hegemoniale Stellung ebenso überstrapaziert wie in der Flüchtlingspolitik. An der Austeritätspolitik ist die Achse Berlin-Paris zerbrochen. Übrig blieb eine halbhegemoniale Stellung der Bundesrepublik gegen die sich neue Bündnispartner zusammenfinden und neue Machtblöcke bilden. Deutschland allein ist zu schwach, hegemonial zu integrieren. Die Wiederbelebung der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) dürfte ein Zeichen für diese Verschiebung in der Machtkonstellation sein. Ausgangspunkt ist die Flüchtlingspolitik, welche den Hegemonieverlust der BRD deutlich zeigt. Die Bundesregierung hat ihre Machtposition überschätzt, als sie die Hilferufe aus Italien – Stichwort Lampedusa – schlicht ignorierte. Folge ist ein Zerbröseln des europäischen Konsenses, der aber Voraussetzung für das Funktionieren der EU ist, weil dieser das Gewaltmonopol fehlt, um ihre Politik durchzusetzen.

6. Die Linke muss Demokratie gegen die EU und nicht mit ihr durchsetzen

Was sind mögliche Perspektiven in Europa? Es scheint mir höchst widersprüchlich, die Differenzen der Situation zwischen den Staaten zu betonen, Mächtige und Ohnmächtige zu unterscheiden, aber eine Gesamtantwort, einen Plan X, für die gesamte Union oder den Euroraum entwickeln zu wollen. Die Situation treibt in Richtung Differenzierung, die auch in einer emanzipatorischen Strategie aufgegriffen werden sollte. Die realen Machtverhältnisse schließen weiter eine demokratische und soziale Neugründung der EU aus.

Selbst Pikettys Vorschlag, eine „Schuldenkonferenz der Eurozonenmitglieder“ zu organisieren und die Schulden oberhalb von 60% zu vergemeinschaften, ist gegenwärtig utopisch. Dieser scheitert sowohl am Hauptgläubiger BRD, an den „neuen“ nationalen Egoisten und möglicherweise an der Rechtslage, eben der „no bail out“ Klausel, die ein Einstehen der EU für die Schul-

den von Mitgliedsstaaten und damit eine Verpflichtung zur Vergemeinschaftung ausschließt. Der Vorschlag, ein Eurozonen-Parlament zu schaffen, den Piketty ebenfalls aufgreift, hat nur dann einen Sinn, wenn sich die Euro-Zone gleichzeitig von den Lissabonner Verträgen verabschiedet und sich neue Regeln gibt. Möglich ist allenfalls eine verstärkte Zusammenarbeit „links“ regierter Staaten, wer immer das in Zukunft sein mag, die Regelverletzungen in Kauf nehmen. Demokratie muss gegen die EU und nicht mit ihr durchgesetzt werden.

Emanzipatorische Kräfte in der BRD, die LINKE, stecken zwischen Baum und Borke.

Auch eine rot-rot-grüne Konstellation wird die neoliberale Grundkonstruktion der EU nicht antasten oder gar angreifen. Die Sozialdemokratie hat den Treueschwur gegenüber der EU zur Voraussetzung zur Zusammenarbeit mit der LINKEN gemacht. Und bei den Grünen herrscht geradezu ein EU-Fetischismus.

Die prinzipiellen Differenzen zur rechten EU und Euro-Kritik sind klar: es geht um Demokratie, nicht um nationale Souveränität, es geht um Solidarität und nicht um „unser (Steuer-)Geld“, den nationalen Vorteil. Daraus folgt nicht, dass die gesellschaftliche Linke dazu übergehen müsste, den Neoliberalismus der EU gegen die Kritik von rechts zu verteidigen. Und genauso wenig, wie es DIE Linke gibt, hat man es mit DER Rechten zu tun. Die Kritik von rechts wird teilweise von Wertkonservativen wie Gauweiler formuliert, teilweise auch von offen neofaschistischen Kräften – mit letzteren kann es auch keine punktuelle Zusammenarbeit geben

Was die LINKE in dieser Situation tun kann? Die Spielräume für andere Konstellationen, d.h. Spielräume für eine verstärkte Zusammenarbeit emanzipatorischer Regierungen in anderen Mitgliedstaaten, offen halten; Kritik und Argumentation von links unter Betonung der Differenz zu den nationalchauvinistischen Strömungen vorantreiben; das neoliberal-europäische Kartell im Spektrum links der Mitte aufweichen. Das ist nicht viel oder nach Brecht: „Wer hätte nicht gern einmal Recht bekommen. Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.“

Andreas Fisahn ist Professor für öffentliches Recht an der Universität Bielefeld. Er hat die Klage der Linksfraktion gegen den europäischen Fiskalpakt vorm Bundesverfassungsgericht vertreten.

Befreiender Tabubruch. DIE LINKE und die NATO

Antiimperialismus heute wäre, dass die LINKE viel lauter für die Auflösung der NATO wirbt und dies mit z.B. Auseinandersetzungen um Geld für Soziales verbindet, sagt **Christiane Reymann**.

In Portugal unterstützen die KP und der Linksblock die sozialdemokratische Minderheitenregierung. Grund genug für den dortigen US-Botschafter, Robert Sherman, Zweifel zu äußern, ob „Portugal weiterhin ein williges Mitglied“ der Koalition gegen den Terrorismus sei. Dabei sein reicht nicht, es muss „willig“ sein. Aus dem Mund eines US-Botschafters klingt das wie: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt“.

Das entspricht der Erfahrung vieler Länder und Regierungen – auch in Europa. Der gnadenlose Bürgerkrieg in Griechenland direkt nach dem II. Weltkrieg etwa war von dem CIA und dem britischen Geheimdienst entfesselt, unterstützt und gelenkt, um Griechenlands „Westbindung“ zu sichern. Und 1967, nach dem Putsch der Obristen, schwiegen die westeuropäischen Regierungen und die USA zu den zahllosen und äußerst grausamen Verfolgungen von Kommunisten und Linken, sie wollten sich gut stellen mit der Regierung des einzigen nicht-sozialistischen Balkanstaates an der NATO-Südflanke. Was die NATO-Geheimarmeen namens Gladio zwischen den fünfziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Europa anrichteten, ob oder in welcher Form sie heute noch existieren, wurde nie vollständig aufgeklärt. Überall, auch in der Bundesrepublik, waren sie mit Neonazis verbandelt, Spuren von Gladio führen zum Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1981. Als sicher gilt, dass die Stay Behind Armee in Italien zwischen den 1960er bis in die 80er Jahre mehrere spektakuläre Bombenattentate und politische Morde verübten, um eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten, sie hatten damals um die 30 Prozent, zu vereiteln.

Die NATO dient auch zur innenpolitischen Disziplinierung

Die NATO war also nie nur zur Verteidigung nach außen da, sie war und ist auch ein politisches Instrument nach innen.

Sich den USA und der NATO treu zu ergeben, war bislang Voraussetzung für jegliche Regierung(sbeteiligung) in Europa. Aus diesem Grund bekannte sich die SPD

1959 in ihrem Godesberger Programm explizit zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und zur NATO. Aus dem gleichen Grund setzte sich Joseph Fischer im Bundestagswahlkampf 1998, in dessen Ergebnis er Außenminister und Vizekanzler wurde, für die Westbindung als Konstante deutscher Außenpolitik und die Osterweiterung der NATO ein. Die Wandlung der Grünen von einer friedensbewegten zur Kriegspartei war eingeleitet. Seitdem dürfen sie mitregieren, egal mit wem, Hauptsache, links bleibt draußen. Die NATO ist das große Tabu, wer es brechen will, braucht feste Überzeugungen und lebhaften Rückhalt in der Bevölkerung.

Deutschland versteht sich als eine Mittelmacht im Werden, wie es Franz-Walter Steinmeier formulierte. Eine Mittelmacht kann durchaus Weltgeltung erlangen – durch ihre wirtschaftliche, politische, meist gepaart mit militärischer, Macht. Zugleich weiß der Außenminister, im Alleingang kann Deutschland das nicht (mehr) erreichen. Der Weg zur Mittelmacht mit Weltgeltung führt über den Einfluss Deutschlands in internationalen Organisationen, so kann die eigene Macht sozusagen potenziert werden. Hierin liegt die Bedeutung der NATO (der EU, der UNO) für die herrschende Klasse in Deutschland. Der Hauptfeind steht im eigenen Land, daran hat sich seit Karl Liebknecht nichts geändert. Jener „Hauptfeind“ selbst freilich hat sich verknötet mit der Washingtoner Führung, mit EU und NATO. Sie bilden das Zentrum imperialistischer Strategie. Wer eines ihrer Teile in Zweifel zieht, wendet sich gegen das Ganze. Hierin liegt die Bedeutung linker NATO-Kritik und nicht weniger will sie leisten.

Sich USA und der NATO treu zu ergeben, war bislang Voraussetzung für jegliche Regierung(sbeteiligung) in Europa.



Kriegsbündnis NATO

1949 gegründet, war die NATO ein Instrument des Kalten Krieges. Nach dessen Ende bestand die begründete Hoffnung, dass sie verschwände, war doch ihr proklamiertes Selbstverständnis: Verteidigung des Bündnisterritoriums gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Vertrag, dem östlichen Gegenstück zur NATO. Der Warschauer Vertrag löste diese Friedensdividende 1991 durch seine Selbstauflösung ein, die NATO nicht, sie hatte Größeres vor. Territorial weitet sie sich seitdem bis an die Grenze Russlands aus und strategisch nimmt sie die ganze Welt ins Visier.

Aus dem Krieg gegen Jugoslawien 1999 und dem Strategischen Konzept von 1999 und 2010 ging eine NATO neuen Typs hervor: die NATO als Kriegsbündnis. Sie definiert den Schutz von „globalen Lebensadern der modernen Gesellschaften“ als Aufgabe und „Migrationsbewegungen“ als Bedrohung. Ihr Sinn und Zweck ist der freie Zugang zu den Ressourcen, die für die reichen Länder wichtig sind – und das ganz ohne UNO-Mandat, über den Wendekreis des Krebses hinaus »out of areas« und mit der fortbestehenden Option des Ersteinsatzes von Atomwaffen. Mehr Kriege, mehr Auslandseinsätze, eine gigantische neue Runde des Wettrüstens sind die Folge. Laut SIPRI-Report gaben die NATO-Staaten im vergangenen Jahr knapp 900 Milliarden Dollar für die

Rüstung aus, mehr als die Hälfte der weltweit für die Rüstung verpulverten 1676 Milliarden. Und es sollen mehr werden: zwei Prozent des BIP jährlich.

Konfrontation NATO-Russland

Die russische Politik bewegt sich defensiv, Beispiel: Militärbasen. Russland hat 26 Stützpunkte mit 26 000 Soldatinnen, Soldaten in neun Ländern, außer Syrien gehörten alle früher zur Sowjetunion. Die USA haben 1000 Basen mit 250 000 Militärs in 100 Ländern. In Europa stellt Russland die Machtverteilung nicht infrage. Anders die US-Administration. Sie nutzt ihre bestimmende Position in der NATO, um das EU-Europa wenigstens in Distanz zu Russland zu halten, möglichst gegen den Kreml in Stellung zu bringen.

Warum stellt die NATO eine eigene Schwarzmeerflotte auf? Sie richtet sich eher nicht gegen die Anrainerstaaten Türkei, Bulgarien, Rumänien, Georgien oder die Ukraine. Die sind Mitglieder der NATO, mit ihr verbunden oder ganz auf ihrer Linie; bleibt: Russland. Und warum sollen in Europa erneut große Panzerheere aufgebaut werden? Zum Antiterrorkampf bestimmt nicht. Panzer sind Waffen für einen großen Bodenkrieg; bleibt: Russland. Die NATO treibt an ihrer Ostgrenze den ballistischen Anti-Raketenschild voran, der uns doch, so die Mär von gestern, vor Atomraketen aus dem Iran schützen sollte. Der baut aber gerade keine Atomraketen; bleibt: Russland.

Unter Friedensaktivisten gibt es ein latentes Misstrauen, dass DIE LINKE genauso umfallen wird wie die Grünen.

All das schafft ein Klima der nervösen Spannung, während Gesprächsmöglichkeiten abgeschaltet werden. Die G8 haben Russland ausgeschlossen, der Europarat dem Land das Stimmrecht entzogen. Der NATO-Russland-Rat hat nach zweijähriger Unterbrechung zwar gerade wieder getagt, aber explizit ohne die bestehenden Spannungen abzubauen. Drohungen, Aufrüstung und Sprachlosigkeit haben eine kreuzgefährliche Situation geschaffen. Ein bewaffneter Konflikt NATO gegen Russland, einschließlich einer nuklearen Eskalation, ist nicht mehr ausgeschlossen.

Auflösung der NATO oder Austritt?

Um die Kriege einzudämmen, ist jetzt Deeskalation auf allen Ebenen und in allen Bereichen nötig. Dazu hat sich die NATO nicht nur als unfähig erwiesen, sie hat die brenzlige Lage verursacht und legt weiter Feuer, nicht zuletzt in Stellvertreterkriegen. Deshalb zielt eine linke Antikriegspolitik auf Austritt oder auf Auflösung der NATO. Beide Positionen werden in der Friedensbewegung und in der LINKEN vertreten. Für die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives, ziviles Sicherheitssystem in Europa unter Einschluss Russlands spricht: Es räumt nicht nur eine große Gefahr ab, sondern baut zugleich eine neue, zivile, auf Recht und gegenseitigem Respekt begründete internationale Friedensordnung auf und berücksichtigt das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung. Austreten können einzelne Länder, jeder Austritt schwächt die NATO, delegitimiert sie und gibt insofern Frieden größere Chancen. So oder so, jede der Varianten beginnt mit den ersten Schritten.

In der Opposition kritisiert DIE LINKE die NATO und fordert ihre Auflösung und ein kollektives Sicherheitssystem. Aber bleibt sie dabei auch dann, wenn eine Regierungsteilnahme möglich schiene? Unter Friedensaktivisten gibt es ein latentes Misstrauen, dass DIE LINKE genauso umfallen wird wie die Grünen. Kann sie das entkräften? Was kann, was muss sie tun, um die NATO-kritische Haltung in der Bevölkerung zu vertiefen und zu verbreitern?

Antiimperialismus konkret

Antiimperialismus heute wäre: DIE LINKE wirbt viel lauter für die Auflösung der NATO und verbindet diese Idee mit den vielfältigsten Auseinandersetzungen, etwa: Geld für Soziales, Infrastruktur, Befreiung der Hochschulen von militärischer und dual-use-Forschung, Kritik an TTIP und allen Formen einer Wirtschafts-NATO, Aufklärung, wie der militärisch-industrielle Komplex

Land und Wirtschaft lenkt. Es gibt unendlich viele Zugänge zur NATO-Kritik. DIE LINKE kann die Militarisierung der EU offenlegen, kritisieren, sie kann konkrete Abrüstungsschritte vorschlagen, etwa den Abzug der in Büschel stationierten Atomwaffen. Die US-Basen könnten aus Symbolen der US-Vorherrschaft zu Bildern von deren Verletzlichkeit werden, wenn die ersten geschlossen werden müssen, weil die Bevölkerung sie nicht mehr toleriert. Der Kampf gegen Basen ist direkte Kriegsverhinderung: Ohne Ramstein kein US-Drohnenkrieg im Nahen Osten und in Afrika.

Durch stetigen Druck auf die Bundesregierung kann die NATO-Kritik mehr und mehr zu einem wichtigen Thema in der Öffentlichkeit werden, etwa Druck für:

- Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO. Das haben Frankreich unter De Gaulle und Griechenland unter Karamanlis schon vorgemacht. Beide Länder haben in jener Zeit über alle politischen Fragen mitdiskutiert, auch Geld gezahlt, ihre Armeen aber nicht dem NATO-Kommando unterstellt.
- Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen;
- Nicht-Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Manövern, namentlich im Osten Europas;
- Nicht-Erhöhung des Rüstungsetats auf zwei Prozent des BIP, sondern seine fortlaufende Kürzung;
- Keine Anschaffung strategischer Offensivwaffen wie Drohnen als Annäherung an eine strategische Nichtangriffsfähigkeit der Bundeswehr;
- Wiederbelebung und Ausbau aller Möglichkeiten von Dialog und ziviler Konfliktlösung auf gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Ebenen.

Den Herrschenden bereitet die „pazifistische Grundhaltung“ der Bevölkerung Sorgen, uns spornt sie an! Heute wünschen sich große Teile der Bevölkerung eine selbstständige und selbstbewusste Haltung Deutschlands zu den USA. Nur noch knapp 50 Prozent der Bevölkerung verbinden NATO mit Sicherheit. Die Linke hat die Chance und die Pflicht, diese Trends zu einer kraftvollen Politik für Frieden zu verdichten. Schließlich geht es um nicht weniger, als einen großen Krieg zu verhindern.

Christiane Reymann ist Mitglied der LINKEN und Sprecherin der BAG Lisa. Bis 2010 war sie im Vorstand der Europäischen Linken. Sie arbeitet schwerpunktmäßig zu Imperialismus.

Herausforderungen für DIE LINKE vor der Bundestagswahl 2017

BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken

Hintergrund des Erstarkens der extremen Rechten in Gestalt der AfD ist die herrschende neoliberal geprägte Politik und die damit einhergehende sozioökonomische Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Wir haben es mit einem zunehmend autoritären Neoliberalismus und Kapitalismus zu tun, der die Konzentration der Vermögen und der Macht bei einer kleinen Minderheit weiter vorantreibt und Demokratie und Sozialstaatlichkeit zunehmend untergräbt. Soziale Spaltung, Entsolidarisierung und Entsicherung wurden vorangetrieben, soziale Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen verschlechtert.

Dabei spielen EU und EZB eine zentrale Rolle dabei, antisoziale Politik auch gegen Mehrheiten der Bevölkerung durchzusetzen, wie am krassesten Griechenland gezeigt hat. Die Bundesregierung setzt ohne Rücksicht auf soziale und wirtschaftliche Schäden ihre Politik der Austerität und Zementierung der neoliberalen Struktur der EU durch. Im Mittelpunkt stehen die Interessen der auf internationale Märkte orientierte Konzerne, Banken und Finanzfonds. TTIP, CETA, TISA und Co. sind darauf gerichtet, das neoliberale Regime international weiter zu zementieren und möglichst unumkehrbar zu machen. Die vom westlichen Imperialismus und seinen Verbündeten geführten Kriege und angeheizten Bürgerkriege im arabischen Raum sind der Hauptgrund der verstärkten internationalen Flüchtlingsbewegungen nach Europa. Sie sind auch ein Hintergrund des Erstarkens islamistischer Terrororganisationen. Die Außenwirtschaftspolitik der EU trägt zur Zerstörung der Lebensgrundlagen von Millionen Menschen in Afrika und anderen Teilen der Welt und damit zu weiteren Ursachen für Flucht- und Auswanderungsbewegungen bei.

DIE LINKE muss an zwei Fronten kämpfen: gegen die extreme Rechte und gegen den autoritären Neoliberalismus

Die schwierige deutsche Situation

In Deutschland ist es RechtspopulistInnen und auch rassistisch und völkisch argumentierenden Nazis trotz relativ günstiger Wirtschaftsentwicklung und damit verbundener sozialer Stabilität gelungen, die Verunsicherung und Bedrohungsgefühle erheblicher Teile der Bevölkerung – insbesondere sozial benachteiligter Gruppen – in Mobilisierung gegen Flüchtlinge und gegen den Islam umzusetzen.

Für DIE LINKE ist das eine komplizierte Situation, sie muss an zwei Fronten kämpfen: gegen die extreme Rechte und ihre Ideologien und gegen den international auftretenden autoritären Neoliberalismus.

Die Linke muss diesen Bedrohungen Gegenentwürfe entgegenstellen. Für DIE LINKE kommt es in dieser Lage mehr denn je darauf an, sich als eigenständige, glaubwürdige Kraft zu profilieren, die für die sozialen Interessen der Mehrheit und insbesondere der unter schlechten und scheintritt und aktiv wird. Sie muss die sozialen Probleme und Konflikte offensiv als Folgen von Kapitalismus und Neoliberalismus und als Klassenfragen ansprechen. Das müssen wir immer wieder öffentlich und populär deutlich machen. So kann es gelingen, wieder stärkere Unterstützung bei Gewerkschaftsmitgliedern zu gewinnen. Außerdem ist die Weiterentwicklung des Profils und der Kernkompetenz der LINKEN „soziale Gerechtigkeit“ zum Aufbau einer ernstzunehmenden Kraft für eine gesellschaftspolitische Alternative nötig.

Die Aufgaben der LINKEN

DIE LINKE ist nicht Teil eines gemeinsamen Lagers mit den Kräften, die für die zunehmenden sozialen Spaltungen und internationalen Konfrontationen und Kriege mit verantwortlich sind. Im Gegenteil: Wir sind die linke Opposition.

Klare linke Positionen in der öffentlichen Auseinandersetzung mit anderen Parteien konsequent, populär und offensiv zu vertreten ist Grundbedingung für eine Stärkung der LINKEN. Zudem muss DIE LINKE als Mitglie-

DIE LINKE ist nicht Teil eines gemeinsamen Lagers mit neoliberalen Kräften. Im Gegenteil: Wir sind die linke Opposition.

derpartei gestärkt und weiter aufgebaut werden, in den Auseinandersetzungen vor Ort präsent, wahrnehmbar und aktiv sein, sich um die Probleme der Menschen kümmern und ihnen Hilfe bieten. Vor allem aber kommt es darauf an, den gesellschaftlichen Widerstand und Druck für eine andere Politik und damit gleichzeitig auch die Partei zu stärken. DIE LINKE soll dafür aktiv soziale Kämpfe und Bewegungen unterstützen, sich in Gewerkschaften und demokratischen Initiativen verankern und sie in ihren Anliegen unterstützen.

DIE LINKE muss auf allen Ebenen, vom der Kommune bis zum Bund, versuchen, diese Aktivitäten und damit die Milieus und Bewegungen miteinander und mit der Partei zu verbinden und sich so als ein organisierender und ideologischer Kern einer breiten linken Gegenbewegung gegen den autoritären neoliberalen Kapitalismus und gegen Rechts zu entwickeln. Die Bewegungen gegen die EU-Austeritätspolitik, gegen TTIP und Co., gegen Lohndrückerei und prekäres Arbeiten und Leben, gegen Privatisierung und Entdemokratisierung,

gegen Überwachungsstaat und gegen Imperialismus und Krieg haben – bei allen Differenzierungen und Fraktionierungen – objektiv dieselben Gegner: die miteinander verflochtenen herrschenden kapitalistischen Klassen und regierenden neoliberalen Eliten in Deutschland, in der EU und im US-dominierten Westen insgesamt. Als inhaltliche Schwerpunkte stehen in 2016 und 2017 aus Sicht der Sozialistischen Linken folgende an:

1. Kriege beenden, für Friedenspolitik eintreten

Für DIE LINKE ist die Position gegen jegliche Kriegseinsätze existenzielles Alleinstellungsmerkmal, das sie nicht aufgeben darf. Stattdessen stehen wir für eine auf Gerechtigkeit ausgerichtete internationale Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, einen Stopp aller Waffenexporte und eine Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir sind aktiv für eine neue europäische Entspannungspolitik und fordern die Auflösung des Kriegs Bündnisses NATO und ihre Ersetzung durch ein

Sozialistische
Linke
Die gewerkschaftlich orientierte Strömung

www.facebook.com/sozialistischeLinke
www.sozialistische-linke.de info@sozialistische-linke.de

kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Deutschland soll die militärischen Strukturen der NATO verlassen. DIE LINKE ist gefordert sich für die Entwicklung einer möglichst starken und breit in der Bevölkerung verankerten Friedensbewegung einzusetzen und ihre Aktionen aktiv zu unterstützen.

2. Schutzsuchende solidarisch aufnehmen, Kampf gegen Rassismus

DIE LINKE beteiligt sich als Partei der Flüchtlingshelfer an der praktischen Unterstützung für Schutzsuchende. Sie stellt sich rassistischen Pogromen in den Weg, bei Demonstrationen gegen Naziaufmärsche genauso wie in der öffentlichen Auseinandersetzung um rassistische, diskriminierende Ideologien. DIE LINKE strebt breite Aktionsbündnisse gegen Rassismus, rechte Gewalt und ihre Parteien an – auch mit Mitgliedern und Gliederungen von SPD und Grünen. Wir streiten für eine Sozialgarantie sowie mehr öffentliche Investitionen zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller hier lebender Menschen. Wir wenden uns gegen alle Versuche, soziale Standards wie den Mindestlohn zu untergraben. Um den Herausforderungen gewachsen sein zu können, muss die Schuldenbremse weg und in die Integration von Geflüchteten investiert werden.

3. Streiks und Kämpfe für Umverteilung in Deutschland

DIE LINKE muss Betriebs- und Arbeitskämpfe noch mehr als bislang unterstützen. Kapitalismus, Verteilungsfrage und neoliberale Politik sind gemeinsame Hintergründe für ökonomische und soziale Krisen, Probleme und Konflikte in Deutschland, in der EU und weltweit. DIE LINKE muss diese Zusammenhänge deutlich machen und sich als aktive soziale Alternative gegen die herrschende Politik und den Kapitalismus profilieren.

4. Gegen Austeritätspolitik, für ein anderes Europa, gegen TTIP und Co.

DIE LINKE muss die Kritik am neoliberalen und zunehmend autoritären Charakter des EU- und Euro-System zugespitzen, den Protest gegen CETA, TTIP und TISA weiterführen und die EU-weite Vernetzung kritischer und antineoliberaler Kräfte stärken. Ziel ist die Entwicklung einer EU-weiten Bewegung und Kampagnenfähigkeit gegen die herrschende Politik und für ein anderes, demokratisches, soziales und friedliches Europa.

Wahlkampf für grundsätzliche politische Alternativen

Voraussichtlich Ende September 2017 steht die nächste Bundestagswahl an. Vorher finden noch Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin im

Herbst 2016 und im Saarland, in Schleswig-Holstein und – besonders wichtig – in NRW 2017 statt. Für die Wahl des oder der BundespräsidentIn im Februar 2017 sollte DIE LINKE eine/n populäre/n KandidatIn mit einem klaren sozialen Profil präsentieren.

Wie sollte DIE LINKE sich im Wahlkampf zu der Frage einer „rot-rot-grünen“ Regierungsalternative im Bund aufstellen? Auch wenn das gegenwärtig schon von den absehbaren Mehrheitsverhältnissen her unrealistisch erscheint, hat diese Frage Einfluss auf die Wahlkampfführung. Eine Aufweichung oder Aufgabe linker Positionen um eine Annäherung und gemeinsame Regierungsfähigkeit mit SPD und Grünen herzustellen, kommt nicht in Frage. Für eine Koalition oder Tolerierung einer weiterhin neoliberalen und international aggressiven Politik steht DIE LINKE nicht zur Verfügung. Wir sind die Opposition gegen eine solche Politik und kämpfen für Mehrheiten für eine Abkehr davon, für einen grundsätzlichen Richtungswechsel. Eine Veränderung von SPD und Grünen in Richtung einer sozial-ökologischen und friedenspolitischen Reformalternative wäre dafür eine notwendige Bedingung.

Andererseits ist ein reiner „Oppositionswahlkampf“ keine mobilisierungsfähige Strategie – erst recht in einer Situation ohne bedeutende gesellschaftliche Oppositionsbewegungen von links. Es geht darum, deutlich zu machen, dass es grundsätzliche politische Alternativen gibt, die die Lage der Menschen verbessern würden, dass diese grundsätzlich möglich und umsetzbar sind, und dass DIE LINKE dafür aktiv eintritt und kämpft. Die anderen politische Kräfte, insbesondere SPD und Grünen, müssen wir mit diesen Alternativen konfrontieren und von ihnen einfordern, diese gemeinsam mit der LINKEN durchzusetzen. Wir brauchen aber auch eine Durchsetzungsperspektive jenseits von parlamentarischen Mehrheiten.

Dazu braucht DIE LINKE neben „roten Haltelinien“, die nicht verhandelbar sind, positive Forderungen und Projekte, die wir offensiv als Angebote an Wählerinnen und Wähler und auch an Mitglieder von SPD und Grünen formulieren können – um die anderen Parteien von links unter Druck zu setzen und um gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren. Zugleich sind, falls es doch irgendwann zu Diskussionen über Regierungsbeteiligung kommt, linke Forderungen für einen Politikwechsel viel anspruchsvollere Kriterien als bloße Haltelinien. Wir müssen unsere Ziele offensiv darstellen um Menschen für eine andere Politik zu gewinnen. Wir sind die soziale, friedliche, menschliche, demokratische, ökologische Alternative: DIE LINKE.

Eine Aufweichung oder Aufgabe linker Positionen für eine Regierung mit SPD und Grünen, kommt nicht in Frage.

Erklärung der **UNTERSTÜTZUNG**



Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: ja nein

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name, Vorname _____

Straße _____ PLZ und Ort _____

Landesverband _____ Kreis-/Bezirksverband _____

ggf. Parteifunktionen _____

aktiv, ggf. Funktion in weiteren Organisationen _____

Telefonnummern _____ E-Mail _____

Geburtsdatum _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte abtrennen und schicken an: Sozialistische Linke, DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin



Mit **SPENDEN** die Arbeit aktiv unterstützen

43

DIE LINKE erhält keine Großspenden von Lobbyisten und Konzernen. Darauf sind wir stolz. Unabhängige Politik braucht unabhängige Spender.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, liebe Genossin, lieber Genosse,

politische Arbeit kostet auch Geld. Ob Publikationen, Reisekosten oder Veranstaltungen: Oft heißt es „Ohne Moos nichts los!“. Deswegen bitten wir dich, die Sozialistische Linke finanziell zu unterstützen. Dies geht am besten mit der Überweisung einer Spende oder per Dauerauftrag.

Einzelspenden bitte an:

Parteivorstand DIE LINKE
IBAN: DE96 1005 0000 0013 2257 31
BIC: BELA DEB XXX
LANDESBANK BERLIN - BERLINER SPARKASSE
WICHTIG: Stichwort **SPENDE Sozialistische Linke**

Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist die Partei DIE LINKE bis auf Widerruf berechtigt, meinen ab fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE in Höhe von _____ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Einzugsrhythmus (Zutreffendes bitte deutlich markieren):
monatlich/ vierteljährlich/ halbjährlich/ jährlich

Kontoinhaber/in _____

Geldinstitut _____

IBAN _____

BIC _____

Rechtsruck ohne Alternative? Oder Chance für eine Linkswende?



Sommerakademie, 08. - 10. Juli 2016, Buntes Haus bei Bielefeld

mit Bernd RieXinger, Janine Wissler, Dieter Boris, Jana Seppelt,

Andreas Fisahn, Martina Renner, Frank Deppe, Anne Helm, Michael Brie u.v.a.